



## Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

<b>Herausgeberin/Redaktion</b> Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail gs@fdp-prd.ch Internet www.fdp.ch	<b>Inserate</b> Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 925 50 60 Fax 01 925 50 77 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch	<b>Layout/Druck</b> NZZ PRINT Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
--	---	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

24. Jahrgang. Erscheint monatlich.

AZB  
3001 Bern

Herr  
Franz Georg Maier  
Dir. Schweiz. Landesbibliothek  
Hallwylstrasse 15  
3003 Bern

### Inhalt



**Eine Lanze fürs Ja**  
Pro Gegenvorschlag.

5



**Pro Föderalismus**  
Neugestaltung des  
Finanzausgleichs.

12



**Madiswil**  
Ausschluss einer  
Menschengruppe.

14

**2x Nein**  
Nein zu einer  
zaghaften Schweiz.

15

Anzeige

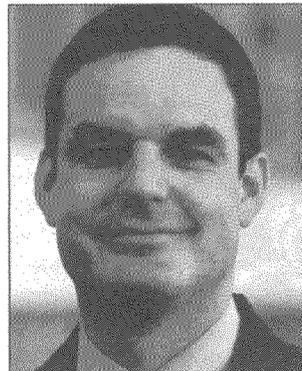
**Innotherm**  
Öl-Kondensations-  
heizungen brauchen  
keinen Kamin.  
**INNOTHERM**  
Innotherm AG - Tölgelstr. 14 - 8274 Tögelwilen  
Telefon 071 669 28 82 - Fax 071 669 28 87

# 10 Jahre nach dem EWR-Nein

## Bilaterale I und EFTA-Konvention in Kraft

Das Paket der sieben sektoriellen Abkommen mit der EU (Bilaterale I) ist zehn Jahre nach dem Nein zum EWR am 1. Juni in Kraft getreten. Gleichzeitig wurde die revidierte EFTA-Konvention rechtsgültig, die den Rechtsbestand dieser bilateralen Abkommen auf die Efta-Länder Norwegen, Island und das Fürstentum Liechtenstein ausdehnt.

Von Martin Kuonen,  
Centre Patronal, Bern,  
früher Sekretär FDP  
Oberwallis



Martin Kuonen

Mit den Bilateralen I gelang es der Schweiz, strukturierte Beziehungen zu ihren grossen Nachbarn und Handelspartnern zu schaffen. Erhofft wird eine Stärkung des Standortes Schweiz und seiner Wettbewerbsfähigkeit. Ziel war der erleichterte Zugang zum europäischen Binnenmarkt.

### Unbürokratisches Vorgehen

Die Abkommen müssen nun einfach, unkompliziert und transparent umgesetzt und vollzogen werden. Die Wirtschaft fordert diesbezüglich von der Verwaltung ein unbürokratisches Vorgehen, damit kein grosser zusätzlicher administrativer Aufwand anfällt. Lassen wir uns zudem genügend Zeit, um durch erho-

benes Zahlenmaterial objektiv beurteilen zu können, ob sich die Verträge in der Praxis tatsächlich – wie erhofft – bewähren.

### Zweites Paket geschnürt

Bereits wird in weiteren zehn Verhandlungsgegenständen ein zweites Paket von bilateralen Verträgen (Bilaterale II) geschnürt. Weil die EU in den für sie zentralen Dossiers «Zollbeitrag» und «grenzüberschreitende Zinsbesteuerung» dringend mit der

Schweiz Handlungsergebnisse braucht, um ihren ambitionierten Zeitplan von Feira realisieren zu können, trat ursprünglich für diese zweite Runde die EU als Bittstellerin auf. Doch leider verspielte der Bundesrat diesen verhandlungstechnischen Vorteil, indem er auch das Dossier «Schengen/Dublin» (europäischer Sicherheitsraum, Erstasyl-Gewährung) in das Verhandlungspaket aufnehmen wollte.

### Totalangriff auf das Bankgeheimnis

Dies gab der EU Oberwasser für einen Totalangriff auf das schweizerische Bankgeheimnis. Was hohe Regierungsverantwortliche aus Grossbritannien und Deutschland im Zusammenhang mit dem Bankge-

heimnis an Unwahrheiten, Ungeheuerlichkeiten und Unsinn gesagt haben, kann nur verstanden (nicht aber gerechtfertigt) werden, wenn man weiss, dass die Leute wiedergewählt werden wollen und der Finanzplatz Schweiz für London und Frankfurt der wichtigste innereuropäische Konkurrent ist. Vorgegebene Ethik und Moral sind in Tat und Wahrheit nichts anderes als das Streben nach Konkurrenzvorteilen und Macht.

### Schutz der Privatsphäre

Kriminellen bietet das Bankgeheimnis keinen Schutz. Der Justizminister der USA bestätigte dies kürzlich, als er das kon-

Fortsetzung auf Seite 2

## Parolen der DV

Volksabstimmung vom 22. September 2002

Energiemarktgesetz

JA

Gold-Initiative

NEIN

Gegenvorschlag

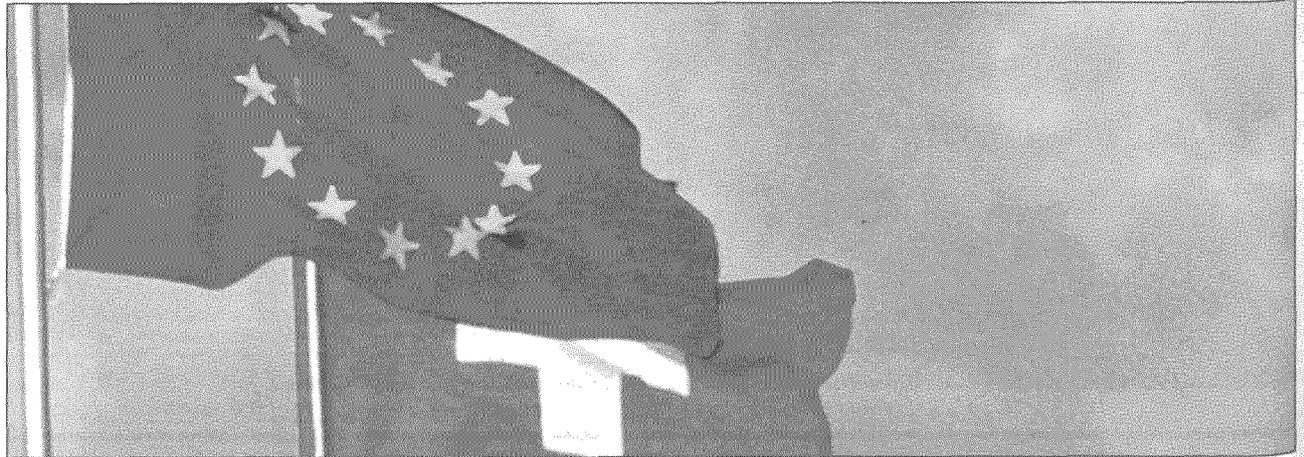
JA

Stichfrage:

JA zum Gegenvorschlag

Fortsetzung von Seite 1

strukturelle Verhalten der Schweizer Regierung und des Schweizer Bankensystems im Kampf gegen organisiertes Verbrechen ausdrücklich lobte. Durch Volksabstimmungen ist das Bankgeheimnis demokratisch legitimiert. Die neuste Umfrage des EFD bestätigt erneut die breite Zustimmung der schweizerischen Bevölkerung zum Bankgeheimnis. Das Bankgeheimnis, das den Schutz der Privatsphäre für unbescholtene Bürger sichern will, ist für die Schweiz ein essenzieller Wettbewerbsvorteil. Daran



darf nicht gerüttelt werden.

### Nicht statthaft

Eine zweite Forderung der EU ist ebenfalls zurückzuweisen. Obwohl die

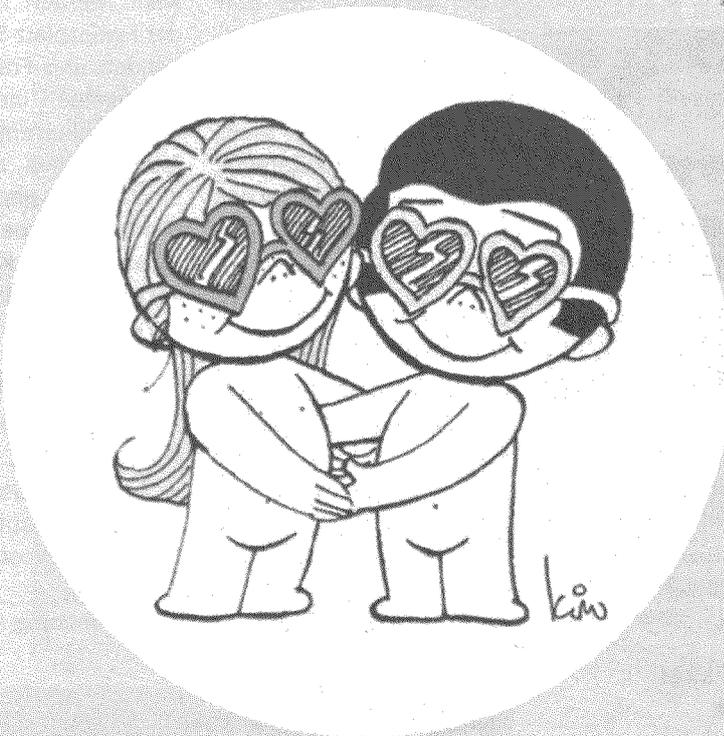
Schweiz nicht EU-Mitglied ist, also kein Mitspracherecht in Brüssel besitzt, soll sie geltendes und zukünftiges Gemeinschaftsrecht (Acquis communautaire) ohne Wenn

und Aber übernehmen. Wer dies fordert, kennt die politische Realität der Schweiz mit ihrer direkten Demokratie nicht. Solche Forderungen in einen völkerrechtlichen Vertrag ein-

bauen zu wollen, der zwischen gleichberechtigten Partnern abgeschlossen werden soll, ist nicht statthaft.

mkuonen@centrepatronal.ch

**Aufschwung  
ist...**



**...nicht  
schwarz sehen.**

## EMG-Kreuzworträtsel

*Energie mit Garantie!*

Im Vorfeld der Abstimmung vom 22. September erschien im «Freisinn» ein Abstimmungskreuzworträtsel. Erneut haben an die 250 Teilnehmer die richtige Lösung eingesandt. Diese hiess mit Blick auf das Energiemarktgesetz (EMG): «Energie mit Garantie».

Alex Brun  
Könizerstr. 194f  
3097 Liebefeld

Arthur Kopp-Wey  
Seminarstr. 20  
6285 Hitzkirch

Fritz Bachmann  
Inzlingerstr. 250  
4125 Riehen

Die glücklichen Preisgewinner sind:

Margrit Kalt-Arnet  
Zugerbergstr. 39a  
Unterägeri

Ursula Ragetti  
Casa sil prau  
7017 Flims Dorf

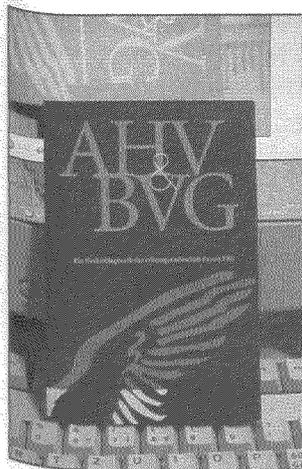
Rosmarie Nüesch  
Steinwischlenstr. 32,  
9052 Niederteufen



Henriette Küffer, Fraktionssekretär, hat die Gewinner gezogen.

# Zum Verstehen und Mitreden

## Nachschlagewerk zu AHV und BVG



session mit der 11. AHV-Revision und der 1. BVG-Revision.

In jüngster Zeit verunsichern Meldungen über die Börsenkapitalisierung der Versicherungsgesellschaften, welche Kollektivversicherungen im Rahmen der 2. Säule, d. h. der BVG, anbieten. Wer hier verstehen will, worum es geht, was die einzelnen Begriffe bedeuten, wie die einschlägigen Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen lauten, der findet im Taschenbuch der Argef «AHV und BVG – ein Nachschlagewerk der arbeitsgemein-

schaft frauen 2001» genau das Richtige.

Es erläutert die wichtigsten Fachbegriffe in einem Handlexikon im Taschenformat und enthält Daten und Statistiken zur Bevölkerungsentwicklung. Das Büchlein richtet sich an alle, insbesondere Frauen, welche die Diskussion um unsere beiden grossen Altersversicherungen besser nachvollziehen möchten. Es hebt bewusst die verschiedenen Lebenssituationen der Frauen hervor und beleuchtet die Fragen der Teilzeitarbeit, die beson-

dere Situation der verwitweten Frauen und zeichnet die Entwicklung des Sozialversicherungswesens

nach, insbesondere auch die Schwankungen des Rentenalters von 65/65 über 65/63, 65/62 zu gegenwärtig wieder 65/63 und im Rahmen der 11. AHV-Revision wieder auf 65/65. Das Büchlein beleuchtet neben geltendem Recht auch die zur Diskussion stehenden Punkte der 11. AHV- und der 1. BVG-Revision. Sie sind im Text durch eine andere Farbe hervorgehoben.

Dank der grosszügigen Unterstützung durch das Bundesamt für Sozialversicherung und den Schweizerischen Versicherungsverband kann es gegen eine Schutzgebühr von Fr. 10.– (plus Versandkosten von Fr. 2.20) bei der Geschäftsstelle der Argef 2001, Birchweg 13, 8154 Oberglatt (Fax 01 850 46 92, E-Mail: wehrle@winklercom.ch) abgegeben werden.

Die Altersvorsorgen AHV und BVG sorgen regelmässig für Schlagzeilen. Im April befasste sich der Nationalrat in einer Sonder-

# Der Wille zur Geschichte

## Sascha Buchbinder befasst sich mit der Schweizergeschichte



### Der Wille zur Geschichte

Schweizergeschichte um 1900 – die Werke von Wilhelm Oechsli, Johannes Dierauer und Karl Dändliker

Im Chronos-Verlag, Zürich, erscheint das 317 Seiten starke Buch «Der Wille zur Geschichte». Dieses befasst sich mit der Schweizergeschichte um 1900.

Gegen das Ende des 19. Jahrhunderts stand die politische Elite des jungen Schweizer Bundesstaates vor der Frage, wie sich aus der konfessionell und politisch gespaltenen Bevölkerung ein Volk formen liess – analog der Entwicklung in den Nachbarstaaten. Wilhelm Oechsli, Johannes Dierauer und Karl Dändliker leisteten dazu einen eminent wichtigen Beitrag, indem sie der fragmentier-

ten Nation eine identitätsstiftende Schweizergeschichte schufen.

Mit der vorliegenden Arbeit wird die historiographische Leistung der drei einflussreichsten Geschichtsforscher um 1900 auf ihre Funktionsweise hin untersucht. Ihre Gesamtwerke werden dabei als exemplarische Quellen zur Erschliessung des dominanten nationalhistorischen Diskurses analysiert, um den imaginären Bildraum zu erschliessen, in dem das Schweizer Volk über die Antizipation eines kollektiven Leibes zu einer Identität fand, welche die Schweizer Geschichtsforschung bis heute prägt.

Die Funktionsweise dieser Politik der Bilder steht im Zentrum des Interesses.

Chronos-Verlag  
Münstergasse 9  
8001 Zürich  
317 Seiten, broschiert  
ISBN 3-0340-0539-2  
Fr. 48.–/€ 32.90

## «Vision Zero» bereits im Juni thematisiert

### Neue Repressionsmassnahmen gegenüber dem Individualverkehr?

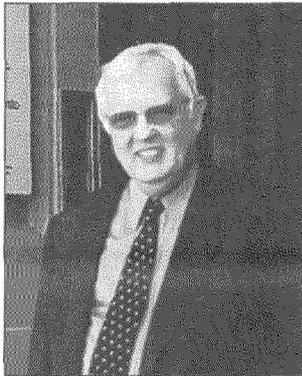
Die «Vision Zero» bringt die Gemüter in Wallung – am letzten Wochenende veröffentlichten gleich mehrere Sonntagsblätter die teilweise realitätsfremden Vorstellungen einiger Verkehrsexperten. Ende August will das zuständige Departement UVEK zum Thema an die Öffentlichkeit gelangen. FDP-Nationalrat Hans Rudolf Gysin hat bereits im Juni unbequeme Fragen an den Bundesrat gestellt. Der FDP-Pressedienst veröffentlicht seine noch unbeantwortete Interpellation hier im Wortlaut (Zwischentitel durch Redaktion eingesetzt):

Von FDP-Nationalrat Hans Rudolf Gysin, Liestal (BL)

In Privatverkehrskreisen «brodeln» die Gerüchteküche: Das ASTRA – in enger Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU) – arbeitet unter der Bezeichnung «Vision Zero» an einem ausgedehnten Massnahmenpaket zur weiteren Einschränkung ausschliesslich des motorisierten Individualverkehrs (MotIV). Dabei sei ein Paket mit rund 70, teilweise sehr repressiven neuen Massnahmen in Arbeit. Was wann und wie mit diesem Konzept auf den motorisierten Individualverkehr zukommt: Dazu betreibt das UVEK bzw. das ASTRA offenbar grosse Geheimniskrämerei. Dabei würden auch die Verbände des MotIV konsequent im Unklaren gelassen und – als Direktbetroffene – von der Mitarbeit ausgeschlossen.

#### Fünf Fragen an den Bundesrat

Ich bitte deshalb den Bundesrat um möglichst baldige umfassende Auf-



Hans Rudolf Gysin

klärung über «Vision Zero» und die geplanten Massnahmen, insbesondere aber um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wann gedenkt er bzw. das ASTRA, die Öffentlichkeit endlich vollumfänglich über das Konzept «Vision Zero» und die damit verbundenen Massnahmen zu informieren?
2. Weshalb werden in der Ausarbeitung des Konzeptes «Vision Zero» die direkt betroffenen Verkehrsverbände (z. B. TCS, ACS, AS-TAG usw.) nicht von Anfang an mit eingebunden?
3. Ist er in der Lage und willens, die Zahl der Verkehrstoten und Verkehrsschwerverletzten ab 2000, die ursächlich nicht direkt von privaten Motorfahrzeugen

verursacht worden sind (z. B. Herzinfarkte am Steuer, Unfälle zwischen Bahn/Tram/Velo mit Velofahrern, Fussgängern, Skateboardern usw.), auszuweisen, diese Unterscheidung auch in Zukunft in die Verkehrsstatistiken einfließen zu lassen und schliesslich in seinen Massnahmen auch zu berücksichtigen?

4. Wie gedenkt er bzw. die zuständigen Bundesinstanzen die Zahl der Toten und Schwerverletzten in Haushalt, Freizeit und Sport, aber auch durch Suizide einzudämmen, die in diesen Bereichen laufend zunimmt und deutlich über den Verkehrsunfallzahlen liegt, während ausgerechnet im MotIV die Zahl der Toten und Schwerverletzten unter Berücksichtigung der Fahrzeugzunahme seit Jahren erheblich rückläufig ist?

#### Unter Ausschluss der Betroffenen

Unter das Konzept «Vision Zero» würde laut Medienberichten einerseits die Reduktion des Alkohol-Grenzwertes auf 0,5 Promille (bereits weitgehend ausgearbeitet und publiziert) gehören, aber neu auch Temporeduktionen ausserorts/Autobahn von heute 80/120 km/h auf neu 70/110 km/h. Ebenso sei geplant, die Tempo-30-Zonen innerorts erheblich auszuweiten. Laut einem Bericht der «Automobil-Revue» vom April dieses Jahres hülle sich das ASTRA jedoch weitge-

hend in Schweigen über dieses Massnahmenpaket. Verlässliche Informationen seien nicht oder nur über Hintertüren erhältlich. An diesem Paket würde drüber hinaus völlig unter Ausschluss der letztlich betroffenen Verkehrsverbände gearbeitet. Dass Mass aller Dinge für «Vision Zero» ist offenbar die Zahl der Toten und Verletzten im Verkehr gesamt, die in einem ersten Schritt bis 2010 fast halbiert werden soll. Die dafür geplanten Massnahmen treffen jedoch ausschliesslich den MotIV. In den zugänglichen Statistiken wird allerdings nicht unterschieden, wie viele Verkehrstote und Schwerverletzte ursächlich gar nicht direkt mit dem privaten Motorfahrzeug in Zusammenhang stehen (Herzinfarkte am Steuer, Unfälle zwischen Bahn/Tram mit Velofahrern, Fussgängern, Skateboardern usw.).

#### «Vision Zero» heisst «Tempo Zero»

Das Ziel von «Vision Zero» (d. h. null Tote, null Schwerverletzte) ist so idealistisch wie letztlich illusorisch, denn die Durchsetzung von «Vision Zero» würde in der Praxis konsequenterweise auch weitgehend «Tempo Zero» bzw. eine radikale Temporeduktion verlangen, die nicht durchsetzbar wäre bzw. dem klaren Willen der Stimmbevölkerung widersprechen würde (massive Ablehnung unter anderem der Initiative «Tempo 30 flächendeckend» sowie der «Verkehrshalbwertungsinitiative»). Auf Grund der äusserst spärlichen Informationen zu «Vision Zero» und dem damit offenbar geplanten Massnahmenpaket arbeiten die involvierten Ämter demnach an einem neuen «Verwaltungstiger» bzw. klar gegen den Willen des Souveräns. ■



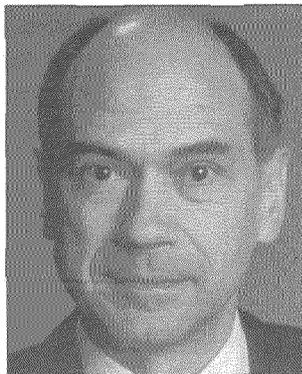
## Eine Lanze für den Gegenvorschlag

### Abstimmung vom 22. 9. 2002: Goldinitiative und Gegenvorschlag

**Volk und Stände haben am 22. September zu entscheiden, was mit den überschüssigen Goldreserven der Nationalbank geschehen soll.**

Von FDP-Ständerat Peter Briner, Schaffhausen

Zur Auswahl stehen drei Varianten: Erstens die sogenannte Goldinitiative der SVP, die die Währungsreserven, die für die geld- und währungspolitischen Zwecke nicht mehr benötigt werden, oder deren Erträge auf den AHV-Fonds übertragen will, oder zweitens der Gegenvorschlag, der die Vermögenserträge, und nur diese, zu je einem Drittel für die AHV, die Kantone und die Stiftung Solidarität Schweiz reserviert.



Peter Briner

« Die Goldinitiative nimmt mit ihrer offenen Formulierung eine Gefährdung der Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank in Kauf. Sie ermöglicht nicht nur die Übertragung der überschüssigen Goldreserven von 1300 Tonnen, sondern darüber hinaus auch von weiteren Währungsreserven der Nationalbank an den AHV-Fonds. »

Dazu kommt drittens ein Komitee, das für ein doppeltes Nein wirbt. Um was geht es? Es geht um 1300 Tonnen Gold oder rund 20 Milliarden Franken. Soll das Vermögen ausschliesslich der

AHV zugute kommen, wie es die Goldinitiative will, oder sollen seine Erträge – teuerungsbereinigt 600 Millionen Franken jährlich – zu gleichen Teilen der AHV, den Kantonen und der neuen Stiftung Solidarität Schweiz zufließen, wie es der Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament vorsieht?

#### Woher kommt der Segen?

Das Goldvermögen stammt aus den Währungsreserven der Nationalbank. Mit der neuen Bundesverfassung von 1999 und dem Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel, das im Mai 2000 in Kraft getreten ist, wurde die Goldbindung des Frankens aufgehoben. Deswegen kann die Natio-

nalbank ihre Goldreserven zum Marktpreis bewerten. Die Konsequenz davon ist, dass die Nationalbank nun mehr Währungsreserven hat, als für die Führung der Geldpolitik nötig und sinnvoll sind. Deshalb kann nun auch nach der Meinung von Experten die Hälfte der 2600 Tonnen Goldreserven ohne währungspolitisches Risiko verkauft und der Erlös für andere Zwecke verwendet werden.

#### Initiative mit Konstruktionsfehler

Die Goldinitiative nimmt mit ihrer offenen Formulierung eine Gefährdung der Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank in Kauf. Sie ermöglicht nicht nur die Übertragung der überschüssigen Goldreserven von 1300 Tonnen, sondern darüber hinaus auch von weiteren Währungsreserven der Nationalbank an den AHV-Fonds. Sie ist weder zeitlich noch nach Volumen limitiert. Sie gefährdet damit das Substrat der Nationalbank, was von den Kantonen als Aktionären nie hingenommen werden könnte. Mit der Übertragung der undefinierten Währungsreserven an die AHV würde sich die Nationalbank quasi dem politischen Budgetprozess ausliefern. Sie würde damit ihre Unabhängigkeit aufs Spiel setzen, was überhaupt nicht im Landesinteresse mit unserem starken Finanzplatz und unserer soliden Währung liegt.

Die AHV würde zwar entlastet, gleichzeitig könnte das als Vorwand dienen, die erforderlichen strukturellen Anpassungen bei der Finanzierung der AHV aufzuschieben. Dies aber wäre politisch unverantwortlich. Die Mittel wären nämlich schnell verpufft, die Freude kurz.

#### Die ausgewogene Lösung

Die Drittelslösung des Gegenvorschlages nimmt die AHV in ihren Katalog auch auf. Allerdings vom Volumen her klar definiert und limitiert. Ein weiteres Drittel geht an die Eigner, näm-

lich die Kantone, und dies zu Recht zweckungebunden. Da laufende Aufwendungen und Investitionen nicht mit einem Lottogewinn, sondern durch reguläre Erträge zu finanzieren sind, wird dieser Beitrag richtigerweise wohl hauptsächlich zum Schuldenabbau verwendet werden.

Das letzte Drittel soll einer Stiftung zufließen. Wohl die Pièce de Résistance. Die Stiftung ist konzipiert, um nachhaltige und aussergewöhnliche Zukunftsprojekte realisieren zu hel-

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige



### Klinik Landhaus Aadorf

Fachklinik für Psychotherapie

#### Begleitung aus der Krise

Bei Depressionen, Burn Out, Erschöpfungszuständen, Ängsten, leichten Suchterkrankungen oder auch leichteren Formen von Psychosen begleiten Sie unsere ausgebildeten PsychotherapeutInnen aus der Krise. Nutzen Sie diese fachliche Begleitung in einer unterstützenden und vertrauensvoll-heilenden Atmosphäre.

Die Sinnfindung im christlichen Glauben wird, falls gewünscht, angeboten.

Unsere Leistungen sind Krankenkassen anerkannt – ganze CH – privat, halbprivat und allgemein. Einweisungszeugnis des Hausarztes genügt.

Gerne stehen wir Ihnen für weitere Informationen zur Verfügung. Rufen Sie uns doch einfach an.

**Dr. med. Hans König, Chefarzt,**

Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie FMH, Postfach, 8355 Aadorf, Tel. 052 368 88 88, Fax 052 368 88 99, [www.klinik-landhaus.ch](http://www.klinik-landhaus.ch) e-mail: [landhaus@klinik-landhaus.ch](mailto:landhaus@klinik-landhaus.ch)

Fortsetzung von Seite 5

fen. Sie steht nicht in Verbindung zur Vergangenheit, die nunmehr bewältigt ist. Die Stiftung Solidarität Schweiz steht als Marke für sinnvolle humanitäre Problemlösungen, z. B. den Aufbau von Bildungsstrukturen, von Grundlagen für funktionsfähige demokratische Gesellschaften, von guter Regierungsführung in Ländern, wo es dies nicht gibt und wo wir damit erst noch auch die Emigration verhindern helfen können, usw. – So könnte die Stiftung ähnlich wie der Rotkreuz-Gedanke positive Wirkungen entfalten und dabei unsere Position und unser Ansehen auf internationaler Ebene erst noch stärken. Wer wollte das nicht? – Ein bisschen Idealismus und Mitgefühl – um den inflationären Ausdruck Solidarität zu umgehen – sind nicht Fragen einer Zeitepoche oder von Börsenkursen, sondern eine Frage der persönlichen Überzeugung.

## Der Schein trügt

Ein hauptsächlich aus bürgerlich-konservativen Kreisen zusammengesetztes Komitee verfiert das doppelte Nein, die Ablehnung von Initiative und Gegenvorschlag. Man kann dafür aus rein finanzpolitischen Überlegungen Verständnis aufbringen. Der Goldinitiative können auch sie nichts abgewinnen. Sie werfen der Stiftung vor, ihre Ziele seien diffus und die Schweiz engagiere sich heute schon genug solidarisch. Dieses Komitee möchte das Sondervermögen nach dem verfassungsmässigen Schlüssel

für die regulären Nationalbankgewinne verteilen und für den Schuldenabbau einsetzen, den Kantonen zwei Drittel, dem Bund ein Drittel. Das tönt gut. Unklar ist allerdings, ob die Verteilung dieses Sondervermögens mit der verfassungsmässigen Bestimmung über die normalen Nationalbankgewinne rechtlich im Einklang steht. Klar ist hingegen, dass bei einem doppelten Nein die Diskussionen über die Verteilung wieder von vorne beginnen. Entsprechende Begehren verschiedener Art liegen bereits auf dem Tisch.

## Konzept überzeugt

Die grundsätzlichen Befürworter des Gegenvorschlags tun dies nicht aus Blauäugigkeit. Sie unterstützen den Gegenvorschlag vielmehr deshalb, weil er auch bei kritischer Hinterfragung das wohl einzige Konzept ist, das heute zu überzeugen vermag. Das ist ja auch der Grund, weshalb die Kantone, die rechtmässige Ansprüche zu vertreten haben, ihre Zustimmung geben konnten.

Entscheidend daran ist aber auch die Limitierung auf 30 Jahre, so dass eine nächste Generation die Gelegenheit haben wird, aus ihrer Sicht und aus ihrem Umfeld das Richtige zu tun.

Ich erachte diesen Gegenvorschlag deshalb als eine Chance für uns. Eine Chance, Ja zu sagen zu einem Geschenk in der Form eines «Kursgewinnes», den wir aus freien Stücken und durchaus aus Stärke und Dankbarkeit zu einem Drittel teilen wollen. ■

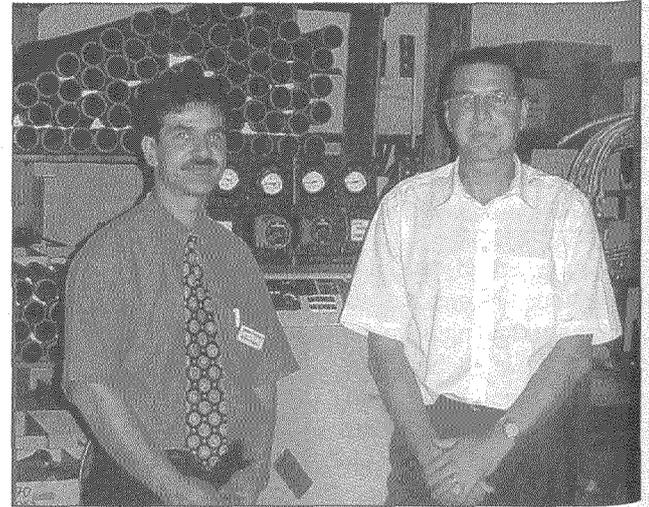
# Ökologischer Abstecher

## Betriebsbesichtigung

Anlässlich der Jahresversammlung 2002 der FDP Tägerwilen, wurde bei der innovativen Unternehmung Innotherm eine Betriebsbesichtigung durchgeführt. Die FDP-Mitglieder waren von der Innovativität und den ökologisch raffiniert ausgeklügelten Öl-Kondensationskesseln fasziniert. Dies zeigte sich in den vielen, zum Teil recht ins Detail gehenden Fragen.

Von Thomas Fäsi,  
Tägerwilen

Im Anschluss an die Betriebsbesichtigung wurde die Jahresversammlung durchgeführt, über die es ebenfalls einige positive Ereignisse zu berichten gibt. Thomas Fäsi (1963, Bahnhofstrasse 23) wurde einstimmig in den FDP-Vorstand und als Delegierter der Kantonal-Partei gewählt. Auch die bestehenden Vorstandsmitglieder Werner Hügi und René

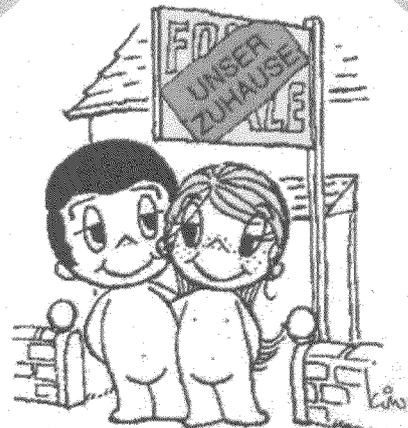


Besichtigung der Innotherm Tägerwilen durch die FDP; Patrick Furlato, Geschäftsführer Innotherm (links), und Thomas Fäsi, neu gewähltes Vorstandsmitglied der FDP Tägerwilen (Thurgau).

Gfeller wurden einstimmig bestätigt. Besonders positiv zu vermerken ist die einstimmige Wiederwahl des FDP-Parteipräsidenten Thomas Dort für zwei weitere Jahre. Der Jahresbericht sowie die Jahresrechnung wurden ebenfalls einstimmig genehmigt. Selbst in der heutigen, zum Teil schwierigen Zeit ist es erfreulich, wie sich die FDP durch neue Mitglieder und

positive Einstellung für das Gewerbe und für das Gemeindewohl einsetzt. Nur eine finanziell gesunde Gemeinde kann soziale Aufgaben im vollen Umfang wahrnehmen, wofür sich die FDP vollumfänglich einsetzt. ■

Aufschwung  
ist...



...seine  
Träume  
verwirklichen.

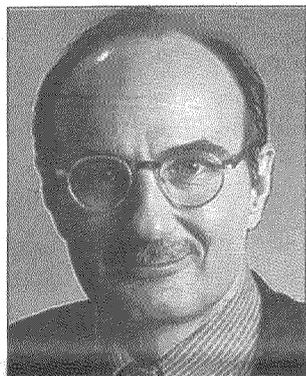
# Die Zukunft des Landesmuseums sichern

## Ein neues Nationalmuseum für gewandelte Ansprüche

**Zu den Visitenkarten eines Landes gehört das Nationalmuseum. Das Landesmuseum Zürich wird diesem Anspruch nicht mehr gerecht. Sein baulicher Zustand ist bedenklich, die Ausstellungsräume halten dem internationalen Vergleich nicht mehr stand. Der Verfasser dieses Beitrags plädiert dafür, mit der Sanierung und Erweiterung Voraussetzungen zu schaffen, damit das Landesmuseum seinen Auftrag zeitgemäss erfüllen kann.**

Von FDP-Nationalrat  
Felix Gutzwiller, Zürich

Die Sanierung und Erweiterung des Hauptsitzes des Schweizerischen Landesmuseums muss heute sichergestellt werden; die notwendigen Mittel müssen in der Finanzplanung des Bundes eingestellt werden. Eine Verschiebung dieses Projektes würde das am besten vorbereitete zivile Bauvorhaben des Bundes und die Zukunft eines wichtigen Pfeilers nationaler Identität gefährden. Der über hundertjährige Bau am Zürcher Hauptbahnhof ist sanierungsbedürftig, ein Sparpotenzial besteht langfristig nicht. Im Landesmuseum arbeitet ein Team, das über das Know-how für die Sanierung und die Realisierung eines Erweiterungsbaus verfügt. Es hat mit dem Bundesamt für Bauten und Logistik die Zweigstelle des Landesmuseums in Prangins saniert und eingerichtet; es hat gemeinsam mit Privaten die Museen in Schwyz und in Seewen realisiert. Diese Projekte sind unter der jetzigen Direktion zu einem guten Ende geführt worden. Der Erfolg dieser



Felix Gutzwiller

Häuser, die über die Musée-Suisse-Gruppe mit dem Landesmuseum verbunden sind, bestätigt dies.

### Arbeit unter Notmassnahmen

Dazu kommt, dass in Zürich seit einigen Jahren, an jüngste gesellschaftliche Entwicklungen angepasst, neue Wege der Vermittlung erprobt werden; Beispiele sind die Ausstellungen über Hermann Hesse und die Swissair. Die in ihnen gewonnenen Erfahrungen sollen in eine neue Museumskonzeption für das sanierte und erweiterte Landesmuseum einfließen. Zu Sonderausstellungen wie derjenigen zu Leonardo kommen heute weit mehr Besucher ins Museum als in die Dau-

erausstellung. «Die Erde von oben», eine Fotoausstellung des französischen Luftbildphotographen Yann-Arthus Bertrand, zog in drei Monaten 110 000 Besucher an, die Hesse und die Swissair-Ausstellung versprechen ähnliche Erfolge. Das geschieht aber unter schwierigsten Rahmenbedingungen – etwa bau- und feuerpolizeilichen Sofortmassnahmen, die jährlich über 500 000 Franken kosten, ohne dass grundlegende Probleme gelöst wären. So ist der Zugang zu den Ausstellungen noch immer nicht behindertengerecht. Damit das Landesmuseum im europäischen Vergleich mithalten kann, ist eine Sanierung unumgänglich. Auf Grund ihrer Erfahrungen mit Museen wie dem Louvre, der Tate Modern oder dem Guggenheimmuseum in Bilbao erwarten die Besucher auch hierzulande attraktiv konzipierte Museen mit vielfältigen Rahmenangeboten. So gestaltet sich ein Museum zum Magneten einer Region, und es entsteht ein objektiver volkswirtschaftlicher Nutzen. Der Standortvorteil des Landesmuseums – die Lage beim Bahnhof Zürich, dem Ort mit den höchsten Passantenfrequenzen der Schweiz – kann mit dem heutigen Gebäude nicht mehr ausgespielt werden; deshalb sind viele Räume nicht öffentlich zugänglich. Das Potenzial des Landesmuseums wird durch Testläufe hochkarätiger Aus-



Das Landesmuseum beim Zürcher Hauptbahnhof ist auch im Innern sanierungsbedürftig.

Bild: rus

stellungen und Veranstaltungen belegt, die seit einigen Jahren durchgeführt werden. Dennoch liegt es weitgehend brach. Die jährlich rund 20 000 Besucher der populären Sommerkonzerte «Live at Sunset» im Hof des Museums werden von externen Caterern bedient. Die erwarteten Besucher der Leonardo-Ausstellung fanden keinen modernen Museumsshop oder einen thematischen Film vor. Sie konnten auch nicht zum Besuch der Dauerausstellung motiviert werden, im Gegenteil; Mangels geeigneter Warräume musste man sie im wörtlichen Sinne draussen im Regen stehen lassen. Das Ausbaupotenzial der bestehenden Liegenschaft bestätigt der abgeschlossene Projektwettbewerb, an dem zahlreiche junge Schweizer Architektenteams teilnahmen. Bei einer Wettbewerbsteilnahme investieren Architektur-

büros grosse Ressourcen, die nicht voll entschädigt werden. Der Bund hat Erwartungen geweckt, die es zu erfüllen gilt. Er hat andere historische Bundesbauten saniert – etwa das Bundeshaus, das Hotel Bellevue, den Landsitz Lohn, das Von-Wattenwyl-Haus – oder jüngere Liegenschaften wie die Landesbibliothek. Der Hauptsitz der Musée-Suisse-Gruppe sollte eine Signalwirkung ausstrahlen und nicht seinen eigenen «Filialen» hinterherhinken.

### Planung weit fortgeschritten

Mit Unterstützung der Eidgenössischen Finanzverwaltung, des Eidgenössischen Personalamtes und des Bundesamts für Bauten und Logistik entwickelt, sind die Rahmenbedingungen und Kosten des Um- und Neubauprojekts erarbeitet worden. Es

Fortsetzung auf Seite 8

## Fortsetzung von Seite 7

wurde ein Architekturwettbewerb lanciert, aus dem Mitte Juli das Siegerprojekt hervorgegangen ist. Es wurden also bereits beträchtliche Mittel in die Planung gesteckt. Deshalb besteht bei den Architekten und Mitarbeitern des Museums, aber auch in der Öffentlichkeit die Erwartung, dass das Projekt zügig realisiert wird. Expertengutachten haben untermauert, dass das Publikum von morgen in einem Nationalmuseum auch Shops und Gastrobereiche erwartet. Diese will man

mit den Erweiterungsbauten realisieren. Die Entwicklungen im Museumsbau zeigen einen Wandel der Ansprüche: Das Publikum erwartet nur dann eine gute Ausstellung, wenn diese in einem architektonisch hochwertigen Umfeld placiert ist. Deshalb soll das Landesmuseum auch eine neue Rechtsform erhalten. Als öffentliche Stiftung soll es der zunehmenden Konkurrenz die Stirn bieten können. Für die Realisierung dieses grössten Bauvorhabens des Bundes in den nächsten fünf bis zehn Jahren und die Überführung in

eine neue Rechtsform sind rund 200 Millionen Franken nötig, die vom Parlament genehmigt werden müssen.

Die der baulichen Reform vorgeschaltete Strukturreform, die in der genannten Summe enthalten ist, wird das Landesmuseum nicht nur baulich, sondern auch strukturell befähigen, die übrigen Häuser der nationalen Museumsgruppe modern zu führen und im Auftrag der öffentlichen Hand nach einer «Karenzzeit» auch Fachsupport für andere Museen zu leisten. Die Vorgeschichte der Expo 02 hat deutlich ge-

zeigt, dass Handlungsbedarf im Bereich der Schnittstelle zwischen Kultur und Management/Wirtschaft besteht.

### Sparen gefährdet nachhaltigen Erfolg

Sicher muss gespart werden; dieser Auftrag ist ernst zu nehmen. Echt gespart werden kann aber nur auf einer langfristig durchdachten Grundlage. Deshalb ist es gefährlich, gut vorbereitete und an sich unbestrittene Projekte auf die lange Bank zu schieben und danach wieder von vorne beginnen zu müssen. Das Landesmu-

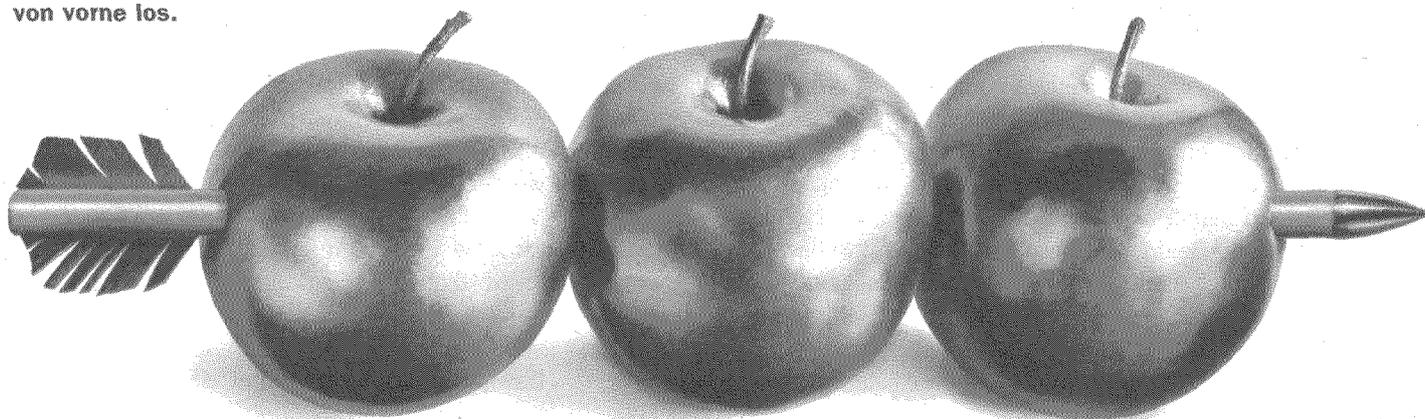
seum hat die Hausaufgaben gemacht, die vorgeetzten Instanzen verfügen über die nötige Planungssicherheit, unliebsame Überraschungen können, soweit absehbar, ausgeschlossen werden. Von allen in der Schweiz diskutierten zivilen öffentlichen Bauprojekten ist das Landesmuseum das am besten vorbereitete. Die Schweiz braucht für die Wirkung nach innen und nach aussen ein würdiges Nationalmuseum! ■

Anzeige

## Vermögen erhalten – Zukunft gestalten

Nur der Gegenentwurf von Bundesrat und Parlament schafft Klarheit: Das Vermögen bleibt erhalten. Die Zinsen gehen während 30 Jahren an die AHV, die Kantone und die Stiftung Solidarität. Das ist eine echt schweizerische Lösung: ausgewogen, gerecht und zukunftsgerichtet. Die Gold-Initiative und das doppelte Nein sind schlechte Lösungen. Mit der Initiative wird das Vermögen einseitig eingesetzt und voraussichtlich in wenigen Jahren aufgebraucht sein. Mit dem doppelten Nein geht das Gerangel um das Sondervermögen von vorne los.

- Unser Erspartes erhalten
- Die Zinsen sinnvoll nutzen
- Gerecht teilen, was allen gehört
- Unsere AHV und die Kantone stärken
- Unsere humanitäre Tradition erneuern



**JA** am 22. Sept.  
zum Gegenentwurf  
Gold für AHV, Kantone und Stiftung

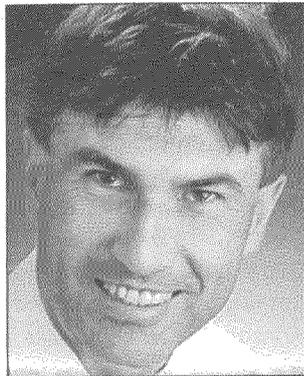
Schweizerisches Komitee Ja zum Gegenentwurf, [www.gegenentwurf-ja.ch](http://www.gegenentwurf-ja.ch)

# Vom Sinn, freisinnig zu sein

## Der Reiz auf die Sinne

Die drei Buchstaben «FDP» lösen, wie so manche andere Abkürzung, emotional wenig aus. Ganz anders aber der Begriff «Freisinn». Freiheit und Sinnhaftigkeit gehören zu den Megatrends des eben begonnenen 21. Jahrhunderts. «Freiheit» hat bei uns schon eher den Wert eines «Allgemeingutes» und lässt sich nicht einer einzigen Partei zuordnen. Der Begriff «Sinn» darf aber nicht nur Teil des Namens, sondern muss das zentrale Element unserer Politik sein!

Von Othmar Wüest,  
Geschäftsführer FDP  
des Kantons Luzern



Othmar Wüest

Der FDP wird nachgesagt, dass sie mit ihren Botschaften oft elitär wirke und die Herzen der Leute nicht erreichen könne. Stimmt! Die Menschen lassen sich auch nicht gerne schulmeistern. Und wer hat den Slogan der letzten Jahre, «Freiheit durch Erneuerung», verstanden? Was man nicht versteht, kann man auch nicht wollen, besagt ein altes Sprichwort. Die Menschen möchten in einer informationsüberfluteten Zeit den Sinn einer Sache erkennen und damit auch ein sinnerfülltes Leben führen.

### Sinn muss ich zuerst (er)finden

Die Frage nach dem Sinn – und dem Sinnlichen – hat die Wohlstandsgesellschaft der letzten Jahre abgelöst. Weder sozialdemokratische-gewerkschaftliche Ideologien noch ein bestimmtes Parteibüchlein sprechen heute die Menschen an, sondern primär die Frage nach dem Sinn in der Politik. Das Heer der politisch besonders inter-

essierten und überdurchschnittlich gut informierten – potenziellen – Nichtwähler wächst! Und gemäss einer Studie der Uni Bern und des Meinungsforschungsinstitutes GfS wächst dieses Heer nirgends stärker als bei der FDP.

### ... und wie denkt die Sinngesellschaft?

Die Sinnfrage eignet sich speziell, um schwierige Themen zu «transportieren», beispielsweise beim Entscheid über eine zweite Gotthardröhre. Die Frage lautet dann: «Macht es Sinn, eine zweite Röhre zu bauen?» In der Kommunikation lässt sich dadurch schneller und einleuchtender überzeugen – weil es eben Sinn macht oder nicht. Die politischen Kommunikatoren müssen wie-

der lernen, «gehirngerecht» zu argumentieren und die Menschen als mündig zu behandeln. Recht oder Unrecht heisst für das Gehirn bloss: Macht es Sinn oder keinen Sinn? Die Glaubwürdigkeit wird nämlich jenen Parteien geschenkt, denen es gelingt, komplexe Zusammenhänge verständlich darzulegen und sinnvolle Lösungen anzubieten; glaubwürdig, mit einer erkennbaren Linie und widerspruchsfrei! Die Aufgabe der FDP muss also vermehrt darin liegen, wieder sinnhaft zu argumentieren – und dies im Wortsinn! Der Freisinn liegt deshalb im Trend!

### Politik macht Sinn

Parteien links und rechts der FDP bieten zunehmend selbst auf komplexe Fragen einfache Lösungen an. Das ist medienwirksam, macht Eindruck und kann schnelle Erfolge bringen. Die FDP gewinnt Vertrauen und Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung, wenn es ihr gelingt, sinnvolle, verständliche Lösungswege aufzuzeigen. Besonders auf die Sinnfrage sprechen Nichtwähler, Unzufriedene, Jugendliche und Frauen an. Ein grosses Potenzial für die FDP! Der Sinn ist das Zentrum menschlichen Seins, nicht die Logik. Die Sinnfrage führt auch zu einer «Entkrampfung» der Politik; sie führt aber auch wieder vermehrt in die Bescheidenheit. Eigenschaften, welche der Politik mitunter gut anstehen würden.

### Werbung für den Freisinn

Die FDP führt die Begriffe «Frei und Sinn» in ihrem Namen. Lässt sich damit in einer Zeit, wo so viel Propaganda des «Unsinns» betrieben wird, werben? Auf jeden Fall, aber sie muss wahrhaftig sein! Gelingt es der FDP, die Sinnfrage mit einer nachvollziehbaren Logik den Leuten näher zu bringen, wird der Freisinn wieder verstanden. Was macht also Sinn? Die Steuern und die Gesundheitskosten zu senken, die Bildung zu fördern, den Mittelstand zu stärken usw. Eine Politik, die in diesen Gebieten auch aktiv und erfolgreich ist, wird nicht um die

Glaubwürdigkeit einer solchen Werbung kämpfen müssen. Entscheidend ist immer die Haltung dahinter!

### Die Sinnfrage ist auch das Zentrum im Leadership

Das Image einer Partei steht und fällt mit seinen Leadern. Persönlichkeiten mit Charisma sind getragen, von einer inneren, wertorientierten und motivierenden Haltung. Um motivieren zu können, ist die Sinnstiftung das zentrale Element. Eine neue Idee erleidet einen «Kaltstart», wenn die Sinnvermittlung fehlt. Die betroffenen Menschen wollen also immer den Sinnzusammenhang eines Veränderungsprojektes erkennen können! Es gibt in jedem Fall sehr viel sinnvolle Arbeit in nächster Zeit für den Freisinn zu leisten.

«Luzern braucht mehr Freisinn!»

Steuern  
Krankenkassenprämien  
Wirtschaft  
Arbeitsplätze  
Mittelstand

FDP des Kantons Luzern, Waldstätterstrasse 5, 6003 Luzern  
Telefon 041 210 14 14, info@fdp-lu.ch

FDP. In Ihrem Sinn!

**FDP**  
Freisinnig-Demokratische Partei  
des Kantons Luzern

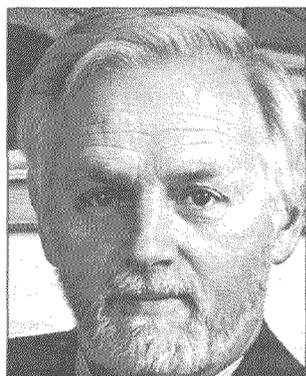
Im Wort Freisinn steckt sinnreiche Zukunft.

## Umfrage der FDP Schweiz International

### Klare Unterstützung des Gegenentwurfs zur Goldinitiative

Es erstaunt wenig, dass die «Umfrage der FDP Schweiz International über die Goldinitiative und den Gegenentwurf von Bundesrat und Parlament» auf ein reges Interesse gestossen ist. Rund ein Viertel der Mitglieder haben den umfangreichen Fragebogen beantwortet. Knapp die Hälfte der Rückmeldungen kam aus dem Ausland, vorab den USA, den EU-Ländern, aber auch aus Japan.

Von Erich Müller,  
Nationalrat, Winterthur,  
Präsident der FDP  
Schweiz International



Erich Müller

In einem Punkt sind sich alle – bis auf ein Mitglied aus Deutschland – einig: Die Goldinitiative der SVP ist zu verwerfen! Dies aus den verschiedensten Gründen: Ein Mitglied aus Japan erachtet sie als «ordnungspolitischen Unsinn». Eine Frau aus Italien meint: «Das Geld soll nicht nur den «Alten» dienen.» Weitere Stichworte für die Gründe der Ablehnung sind: unausgewogen, zu kurzfristig, löst die Probleme der AHV nicht.

#### Gegenentwurf ist eine faire, zweckmässige Lösung!

80% der Umfrageteilnehmer/-teilnehmerinnen begrüssen den Gegenentwurf. Der erzielte Verkaufspreis des Goldes, d. h. die Substanz, bleibt in seiner realen Höhe der zukünftigen Generation erhalten. Zudem stellt der Gegenentwurf eine ausgewogene, faire Lösung mit zweckmässiger Aufteilung der Mittel dar. Er ist Ausdruck der Solidarität der Schweiz im In- und Ausland, ohne

#### Solidaritätsstiftung führt die humanitäre Tradition der Schweiz fort!

Wir wollten von unseren Mitgliedern wissen, was sie von der Solidaritätsstiftung und ihrer Zweckbestimmung halten. Bis auf zwei Auslandschweizer erachten alle die Stiftung als einen sinnvollen und solidarischen Beitrag zur Bekämpfung von Armut, Not und Gewalt im In- und Ausland. Es wird sehr begrüsst, dass die humanitären Beiträge projektbezogen erfolgen.

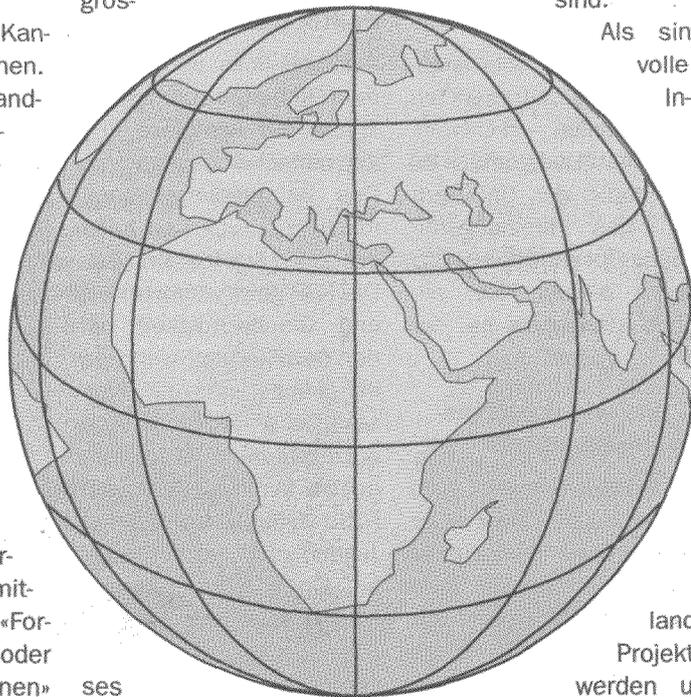
Ein Mitglied aus Frankreich ist überzeugt: «Die Stiftung kann als gross-

und Südamerika ist gross. Die Schweiz ist reich; wenn wir nichts gegen das Elend in der Welt tun, setzen wir uns dem Vorwurf aus, arm im Denken und im Herzen zu sein.»

#### An unterstützungswürdigen Projekten im In- und Ausland fehlt es nicht!

Unterstützungswürdige Projekte müssen nicht gesucht werden. Eher bestehe die Qual der Wahl. Darum verlangen die Mitglieder der FDP Schweiz International, dass diese auf der Grundlage eines klaren Konzeptes zu evaluieren und zu überwachen sind.

Als sinnvolle In-



ses humanitäres Werk an die Schweizer Tradition (wie z. B. das Rote Kreuz) anknüpfen.» Ein Mitglied aus Kanada bringt es in Schwarzweissform auf den Punkt: «Die Not in Afrika

land-Projekte werden unter anderem betrachtet: projektbezogene Unterstützung der Berggebiete; Schüleraustausch-Projekte zwischen den verschiedenen Sprach- und Kulturregionen; Projekte zur

Bekämpfung der oft unterschätzten Armut gewisser Bevölkerungskreise; Massnahmen zur besseren Integration von ausländischen Jugendlichen in die Gesellschaft, aber auch Konzepte zur Verhinderung von Gewalt unter Jugendlichen.

Als Schwerpunkte für Ausland-Projekte werden erwähnt:

gezielter Aufbau von Schulen und Bildungsstätten, um den Kindern und Jugendlichen in armen Ländern eine bessere Ausbildung zu ermöglichen; Hilfe zur Selbsthilfe in Entwicklungsländern (Projekte im Bereich Wasserbeschaffung, Landwirtschaft, Hygiene, Gesundheit, usw.); Bekämpfung von Hunger und Aids in Drittweltländern, insbesondere in Afrika.

Im sowohl schweizerischen als auch ausländischen Bereich könnten auch Projekte für Auslandschweizer/-schweizerinnen zur Aufrechterhaltung der Bindung an die Schweiz realisiert werden.

#### Auf Bewährtes abstützen!

Da sich schon heute zahlreiche vertrauenswürdige humanitäre Organisationen mit solchen Projekten befassen, sei es erfreulich – meint ein Mitglied – dass deren Erfahrungen genutzt werden und die Stiftung keine grosse kostspielige Administration aufbaut. Doch müsse die Stiftung die Projektverantwortung übernehmen, und

die Transparenz sowie Überprüfbarkeit der Mittelverwendung müsse hundertprozentig gewahrt sein.

## Die Solidaritätsstiftung verbessert das Image der Schweiz!

Auch wenn die Imagewirkung der Stiftung erst auf Grund der konkreten Umsetzung definitiv beurteilt werden kann, so ist sich

doch der überwiegende Teil der Befragten einig, dass sie die ausländische Meinung über die Schweiz beeinflusst. Ein Mitglied schreibt: «Auch wenn unser Uno-Beitritt zur Verbesserung des Ansehens der Schweiz im Ausland beitragen mag, bestehen uns gegenüber immer noch Vorurteile, wonach wir eigenwillige Sonderlinge und Schmarotzer seien, die

der Staatengemeinschaft gerne den Rücken zuwenden. Es gilt nach wie vor, solche Missverständnisse energisch zu bekämpfen. Leistungen aus dem Solidaritätsfonds wären überzeugende Beweise, dass unser Land sich noch vermehrt für weltweite Humanität einsetzen will.» Die Stiftung wird mit Sicherheit ein positives humanitäres Zeichen setzen.

Die Auslandschweizer/-schweizerinnen glauben, dass die Wertschätzung ihrer Heimat in ihrem Gastland steigt. Auch die Auslandschweizer/-schweizerinnen sind sich bewusst, in welchem Moment die frühere Stiftungsidee angekündigt wurde. Ein Mitglied verlangt darum von der Stiftungsleitung, dass sie jedes Ansinnen, die Stiftung als «spätes

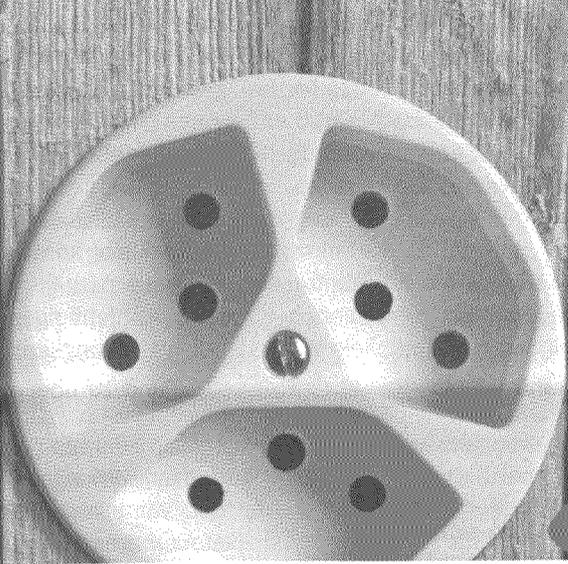
Schuldbekenntnis» für frühere «Versäumnisse» zu betrachten und einen Zusammenhang mit Holocaust-Forderungen herzustellen, energisch bekämpft.

## Eine Ablehnung des Gegenentwurfs würde im Ausland nicht verstanden!

Die Teilnehmer/-nehmerinnen der Umfrage beurteilen die Tragweite einer Ablehnung des Gegenentwurfs und damit der Solidaritätsstiftung unterschiedlich negativ. Alle sind sich jedoch einig, dass damit eine «Chance der Imageverbesserung» verpasst würde. Ein Nein zur Solidaritätsstiftung würde im Ausland nicht verstanden. Die Auslandschweizer/-schweizerinnen hoffen daher, dass es dem Bundesrat im Falle einer Ablehnung gelingen möge, dem Ausland klar zu machen, dass der Souverän nicht aus Egoismus gehandelt hat und dass die Schweiz ihre humanitäre Tradition auf anderem Wege weiterführen wird.

## Stimmen Sie am 22. September dem Gegenentwurf zu!

Als Präsident der FDP Schweiz International hoffe ich sehr, dass das Schweizervolk die Chance der Solidaritätsstiftung wahrnimmt, und am 22. September dem ausgewogenen, fairen und auf Verantwortung basierenden Gegenentwurf zustimmt. ■



**Stromversorgung garantiert**

Die Schweiz braucht eine sichere Stromversorgung. Deshalb schreibt das Elektrizitätsgesetz (EMG) die Versorgungssicherheit in allen Landesteilen gesetzlich vor.

Die Elektrizitätswerke müssen die Stromversorgung für alle sicherstellen.

Das EMG verpflichtet sie:

- Alle ans Stromnetz anzuschliessen.
- Das Stromnetz in einwandfreiem Zustand zu halten.
- Den Strom durchzuleiten und zu verteilen.
- Genug Reserveenergie zu halten.

Damit Stromversorgung und Service public auch in Zukunft gesichert bleiben.

Für eine geordnete Öffnung des Strommarkts

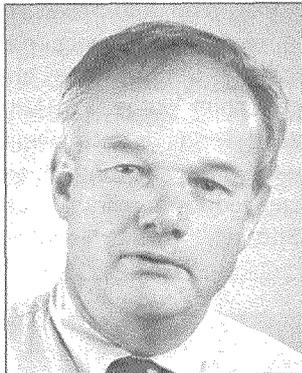
**Ja zum EMG**

Schweizerisches Komitee "Ja zum EMG"  
Postfach 5635, 3001 Bern, [www.energie-mit-garantie.ch](http://www.energie-mit-garantie.ch)

## Ein Gewinn für den Föderalismus

### Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen

Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (kurz: NFA) steht ein Reformpaket zur Diskussion, welches für die Zukunft des schweizerischen Föderalismus und den «Service public» im weitesten Sinne von fundamentaler Bedeutung ist.



Christian Wanner

Von Regierungsrat Christian Wanner, Finanzdirektor des Kantons Solothurn

Gelingt es nicht, die politischen Gremien und letztlich das Volk vom Nutzen dieser Reform zu überzeugen, verkommt der Föderalismus zu einer Leerformel: Es droht eine materielle Steuerharmonisierung, bei einer zunehmenden Zentralisierung werden die Kantone zu mehr oder weniger reinen Vollzugsanstalten des Bundes degradiert, und die Entscheidungen werden noch stärker als bisher weiter entfernt von den Bürgerinnen und Bürgern getroffen. Die Konsequenzen daraus wären: ineffizientere Erfüllung öffentlicher Aufgaben, Wegfall des innovationsfördernden und kostensenkenden Wettbewerbs und Leistungen, die weniger als heute den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen.

Im Laufe der Zeit hat sich die Schere zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kantonen immer stärker geöffnet. Die

finanzstarken Kantone sind für gute Steuerzahler attraktiv und ziehen diese an, die finanzschwächeren Kantone haben je länger, je mehr das Nachsehen. Ihr Steuerpotenzial wird ausgehöhlt. Der bisherige Finanzausgleich ist nicht in der Lage, diese Entwicklung zu bremsen. Mit den Jahren ist das bestehende Finanzausgleichssystem zu einem unübersichtlichen Dickicht mit zahlreichen Finanzströmen angewachsen: Inzwischen fließen auf Grund von über 100 Einzelmassnahmen, welche in rund 30 Gesetzen geregelt sind, jedes Jahr 15 Milliarden Franken vom Bund an die Kantone und zum Teil wieder zurück. Eine zielgerichtete Steuerung ist nicht mehr möglich, die zunehmende Kluft zwischen reicheren und ärmeren Kantonen kann mit dem bestehenden Ausgleichssystem nicht verhindert werden. Werden die finanziellen Unterschiede zwischen den Kantonen aber allzu gross, fördert dies die Zentralisierung der Aufgaben beim Bund, oder nicht selten ertönt

mittlerweile auch der Ruf nach einer materiellen Steuerharmonisierung.

Beides – sowohl die Zentralisierung als auch die materielle Steuerharmonisierung – bedeutet aber, dass der Föderalismus – das System, welches wesentlich zum Erfolg des Unternehmens Schweiz beigetragen hat – nicht mehr funktioniert bzw. dass er «kalt» abgeschafft wird. Der effizienzfördernde Wettbewerb, die Ausrichtung der staatlichen Tätigkeit auf die Bedürfnisse der Bürger, die von Kanton zu Kanton verschieden sein können, und viele andere positive Aspekte des dezentralen Staatsleistungsmodells würden preisgegeben.

#### Die NFA schafft Ordnung und eine «Win-win-win...»-Situation...

Die NFA hat die Stärkung und Weiterentwicklung der föderalen Strukturen zum Ziel. Kernanliegen der Vorlage ist es, Bund und Kantone in ihren jeweiligen Rollen zu stärken. Mit der NFA wird eine «Win-win-win...»-Situation geschaffen: Gewinner sind der Bund, die Kantone und vor allem die Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes, welche letztlich durch einen effizienteren und bürgernahen «Service public» mehr und vor allem stärker auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Leistungen für ihre Steuergelder erhalten. Die in der NFA-Vorlage vorgesehenen

Mittel zur Zielerreichung sind:

- Weitestgehende Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung unter Befolgung des Äquivalenz- und Subsidiaritätsprinzips,
- eine effizientere Ausgestaltung der bundesstaatlichen Zusammenarbeit (in Vereinbarungen festgehaltene Leistungsaufträge und ergebnisorientierte Abgeltung),
- ein substanzieller Ausbau der interkantonalen Zusammenarbeit mit fairer Entschädigung an die Leistungsanbieter durch diejenigen, die eine Leistung in Anspruch nehmen
- und ein wirkungsvollerer und vor allem politisch steuerbarer Finanzausgleich, welcher mit dem Ressourcenausgleich, dem geographisch-topographischen und dem soziodemographischen Lastenausgleich den unterschiedlichen strukturellen Gegebenheiten der Schweiz Rechnung trägt.

#### ... Ausschöpfen des Effizienzpotenzials

Von der Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung und der bundesstaatlichen Zusammenarbeit und der effizienteren Ausgestaltung der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen werden alle profitieren. Durch die Vermeidung von Doppelspurigkeiten, die kürzeren Entscheidungswege und die klar

definierten Zuständigkeiten können Effizienzgewinne realisiert werden, die weit über die in der NFA-Vorlage bei den Kantonsresultaten ausgewiesenen, quantifizierten finanziellen Auswirkungen hinausgehen.

#### ... faire Zusammenarbeit

Dass die Kantone gegenseitig in Anspruch genommene Leistungen abgelteten, ist ein Gebot der Fairness. Dass die Kantone in bestimmten, im Finanzausgleichsgesetz definierten Gebieten zur Zusammenarbeit verpflichtet werden sollen, stärkt die Kantonebene und fördert die Wirtschaftlichkeit in der Aufgabenerfüllung. Würde auf die Möglichkeit der Verpflichtung der Kantone zur interkantonalen Zusammenarbeit verzichtet, würde sich die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wie bis anhin am «schwächsten» Glied orientieren: Ist ein Kanton ressourcenmässig bzw. auf Grund seiner Grösse nicht in der Lage, eine Aufgabe befriedigend auszuführen, würde die Aufgabe der nächsthöheren Ebene, dem Bund, übertragen. Dies ist eine Entwicklung, die in den letzten Jahren in der Schweiz zunehmend zu beobachten war. Soll die Kantonebene nicht weiter an Bedeutung verlieren, sondern im Gegenteil gestärkt aus der Föderalismus-Diskussion hervorgehen, ist deshalb nach Mitteln zu suchen, welche die

kantonale Ebene in die Lage versetzen, ihre Aufgaben selbständig, effizient und effektiv zu lösen. Die Möglichkeit, die Kantone in Aufgabengebieten, bei welchen Grössen und Verbundvorteile besonders stark zum Tragen kommen (bspw. Spitzenmedizin, Kultur, öffentlicher Verkehr usw.) zur Zusammenarbeit mit Lastenausgleich zu verpflichten, stellt ein geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Ziels dar.

## ... Sicherung der Erfüllung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung

Mit dem Ressourcenausgleich des direkten Finanzausgleichs im engeren Sinne, welcher mit Bundesmitteln und Geldern der finanzstärkeren Kantone gespeist werden soll, wird sichergestellt, dass die Einwohnerinnen und Einwohner des ganzen Landes, unabhängig von der Kantonszugehörigkeit, in den Genuss guter staatlicher Leistungen kommen. Die Chancengleichheit wird gewahrt. Da die Mittel des Ressourcenausgleichs nicht zweckgebunden aus-

gerichtet werden sollen, werden die beitragsempfangenden Kantone sie so einsetzen können, dass für ihre Bevölkerung der grösstmögliche Nutzen resultiert.

Die Umverteilung zwischen finanzstärkeren und finanzschwächeren Kantonen ist dabei massvoll und führt nicht zu einer vollkommenen Beseitigung der Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Kantone. Der Wettbewerb zwischen den Kantonen spielt weiterhin – die finanzschwächeren Kantone können sich nicht in der «Finanzausgleichs-Hängematte» ausruhen, und das ist auch gut so.

Weiter trägt die NFA mit dem Lastenausgleich für Kosten der «Enge» (soziodemographischer Lastenausgleich) und dem Lastenausgleich für Kosten der Zersiedlung in extremen Höhenlagen (geographisch-topographischer Lastenausgleich) auch spezifischen Gegebenheiten Rechnung, die von den einzelnen Kantonen nicht beeinflusst werden können. Wenn ein grosser Teil des Kantonsgebiets in schwer

zugänglichen, aber dennoch bewohnten Höhenlagen liegt, so hat dieser Kanton höhere Kosten zu tragen als ein Mittelland-Kanton. Kantone mit grossen Ballungszentren sind mit anderen Kostenfaktoren konfrontiert als ländliche Kantone.

Der neue Finanzausgleich im engeren Sinne ist im Unterschied zum heute bestehenden Finanzausgleich zielbezogen, transparent und steuerbar, und die zur Ermittlung der Finanzströme verwendeten Kriterien und Bemessungsgrössen sind nachvollziehbar.

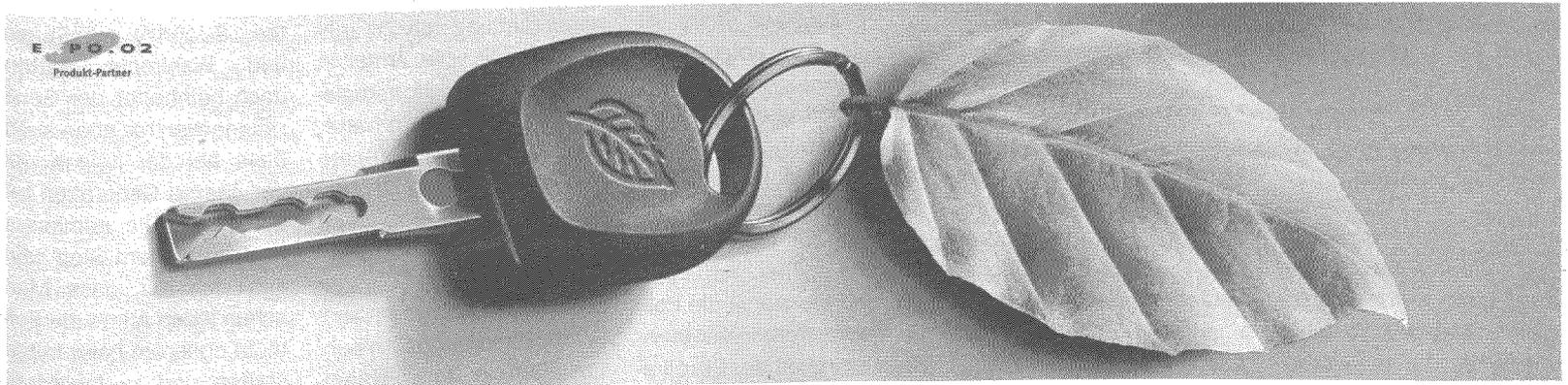
## Die NFA verdient unsere volle Unterstützung!

Das nun im politischen Prozess zur Diskussion stehende NFA-Paket wurde in einem langwierigen Prozess in enger Zusammenarbeit zwischen Bund und den Kantonen geschnürt. Bei einer Vorlage wie der NFA werden bestehende Finanzströme und die relative finanzielle Leistungsfähigkeit der Kantone untereinander verändert. Dies ist aber auch das Ziel

der Vorlage, solange die voraussichtlichen Veränderungen massvoll und nachvollziehbar sind. Beides ist mit der Vorlage gelungen. Ich verstehe, dass diejenigen Kantone, welche mit finanziellen Nachteilen rechnen müssen, vielleicht nicht mit derselben Begeisterung wie die potenziellen Gewinner hinter der Vorlage stehen. Allerdings gilt es hierbei zu bedenken, dass die Verhältnisse sich im Zeitablauf ändern können. Die vermeintlichen heutigen «Verlierer» sind vielleicht schon morgen «Gewinner». Die Vorlage sollte deshalb nicht aus einer kurzfristigen Optik und nicht aus der Frosch-, sondern aus der Vogelperspektive beurteilt werden. Längerfristig und losgelöst von den heute vorliegenden Zahlen bin ich der festen Überzeugung, dass nur mit der NFA der Fortbestand des Föderalismus mit starken Kantonen sichergestellt werden kann. Die Alternativen «Fortsetzung des bisherigen Finanzausgleichssystems / der bisherigen Aufgabenteilung Bund - Kanton» oder gar Zentralisierung, materi-

elle Steuerrevision oder Gebietsreformen würden das Ende des Föderalismus und damit einer erfolgreichen Staatsform bedeuten. Es ist deshalb zu wünschen, dass die NFA-Vorlage beim Parlament und bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern dieses Landes auf Wohlwollen stösst und breite Zustimmung findet. Sie verdient unsere volle Unterstützung!

Anzeige



Gas geben! [www.erdgas.ch](http://www.erdgas.ch)

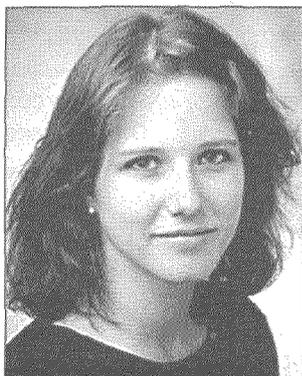
erdgas

## Madiswil – ein Musterbeispiel?

### Ausschluss einer grösser werdenden Gruppe

**Warum eigentlich empört sich die halbe Schweiz über die Alterslimite im neuen Madiswiler Organisationsreglement? Der Schweizerische Seniorenrat hat eine Aufsichtsbeschwerde eingereicht, und die Leserbriefspalten füllen sich, so dass in der medial flauen Sommerzeit für einmal nicht über geschenkte Pelzmäntel, sondern über das verfassungsmässige Diskriminierungsverbot diskutiert wird.**

Von Christa Markwalder,  
jungfreisinnige  
Grossrätin, Burgdorf



Christa Markwalder

Dabei ist der reglementarische Ausschluss von über 70-Jährigen in der aktiven Gemeindepolitik etwas mutlos. Der 67-jährige Fritz Wälchli wollte mit seinem Antrag auf eine Alterslimite ja auch nur einen gut schweizerischen Kompromiss bewirken, der bisher immerhin vom Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern und vom Madiswiler Gemeinderat gestützt wird. Mutig wären doch für eine Altersguillotine im passiven Wahlrecht nicht 70 Jahre, sondern höchstens 50 Jahre!

#### Alterslimite 50

Stellen Sie sich einmal vor, wie Regierungen und Parlamente mit unter 50-Jährigen die Schweiz verändern würden: Der Budgetposten Bildung würde massiv aufgestockt, so dass unser Bildungs- und Forschungssystem auch dasjenige Finnlands qualitativ wieder überflügeln würde. Im Bereich Wettbewerbsfähigkeit würde der technologische Fortschritt in den Mittelpunkt gerückt und die Steuersenkungsdiskussion

auf den zweiten Platz verdrängt. Staatsschulden würden abgebaut anstatt angehäuft, da die jüngere Generation noch unter dem Trauma der hohen Verschuldung leiden würde, die ihnen vererbt worden war. Die AHV würde bedarfsgerechter ausgeschüttet, so dass das Sozialwerk für die Erwerbstätigen tragbar bliebe. Familienergänzende Kinderbetreuungsplätze wären eine Selbstverständlichkeit, und eine zweite Gotthardröhre würde gar nicht erst geplant. Energieeffizienz wäre der Weg zum Ausstieg aus der Atomenergie, und die Produktion umweltfreundlicher Verkehrsmittel wie Twike und Flyer würde dank einer nachhaltigen Mobilitätspolitik zunehmen, anstatt dass die Hersteller die Bilanz deponierten. Nach

dem aktiven politischen Engagement könnten die über 50-Jährigen ihre Karriere dann in Verwaltungsräten fortsetzen, wodurch keine Interessenskonflikte mehr mit dem politischen Wirken entstünden. Natürlich wären die über 50-Jährigen mit ihrem aktiven Wahl- und Abstimmungsrecht weiterhin in der Politik involviert und würden die Vorlagen der Regierungen und der Parlamente gutheissen, korrigieren oder torpedieren.

#### Verfassungsrechtlich unhaltbar

Eine Altersguillotine für politische Ämter bereits mit 50 Jahren garantiert aber mitnichten, dass sich die Schweiz tatsächlich dahingehend entwickeln würde, wie eben euphorisch dargestellt. Sie schliesst eine wegen unserer demografischen Entwicklung immer grösser werdende Gruppe von Menschen aufgrund einer Zahl – nämlich ihres Geburtsjahrs – aus einem wichtigen Teil des politischen Prozesses aus. Sie verkennet, dass nicht Menschen aufgrund ihres Alters, sondern aufgrund ihrer Erfahrungen, ihrer Besonnenheit und ihrer Weitsicht vernünftige Politik machen. Sie kündigt den Generationenvertrag auf, der auch für die Partizipation am politischen Leben gilt, und sie macht die Politik noch stärker zu einer Angelegenheit der Bevölkerungsminderheit. Das Gedankenexperiment mit der Alterslimite von bereits 50

Jahren führt deutlicher vor Augen, was tatsächlich in das Organisationsreglement der oberoargauischen Gemeinde Madiswil Eingang gefunden hat: eine unhaltbare diskriminierende Bestimmung, die gegen das explizit verfassungsmässige Diskriminierungsverbot wegen des Alters verstösst und oben drein nicht berücksichtigt, dass Menschen mit 70 Jahren in der Gemeindepolitik genauso wertvoll sein können wie frischgebackene Stimmberechtigte.

#### Alterslimite ist kein Novum

Aufhorchen lässt jedoch das Zustandekommen des ganzen Rummels um das Organisationsreglement in Madiswil. Der erwähnte gut gemeinte Antrag eines fast 70-Jährigen wurde in der Gemeindeversammlung, die allerdings von einem Bruchteil der Stimmberechtigten besucht war, demokratisch angenommen. Selbst die Medienmitteilung der Gemeinde, dass sie neu eine Altersbeschränkung von 70 Jahren für politische Ämter in ihr Organisationsreglement aufgenommen hatte, liess nicht die betroffenen Madiswiler Senioren aufheulen, sondern den Schweizerischen Seniorenrat. Dieser war im Übrigen bei der Einführung von ähnlichen Alterslimiten im Kanton Bern in den Gemeinden Kirchberg, Mattstetten, Wiler bei Utzenstorf, Heimiswil und Hasle bei

Burgdorf nicht aktiv geworden. Madiswil wurde – aus Zufall oder wegen guter Öffentlichkeitsarbeit – zum Präzedenzfall im Kanton.

#### Willkürliche untere Alterslimite

Wer aber legt sich denn bei den Alterslimiten, die den Eintritt in das politische Leben ermöglichen, ins Zeug? Die Schweiz kennt keinen schweizerischen Jugendrat, der die Interessen der noch nicht Stimmberechtigten wahrnimmt und bei entsprechenden Situationen eine Aufsichtsbeschwerde einreichen würde. In der Diskussion um die untere (und auf kantonaler und schweizerischer Ebene einzige) Alterslimite zur Teilnahme am politischen Prozess wird stets mit anderen Argumenten gefochten als bei der Beschränkung der politischen Partizipation von älteren Menschen unserer Gesellschaft. Dabei ist die Festsetzung des Stimmrechtsalters auf 18 Jahre genauso willkürlich wie die Beschränkung des passiven Wahlrechts auf 70 Jahre.

Ich möchte meine Hand nicht ins Feuer legen, dass in der Schweiz mutigere politische Schritte gewagt würden, wenn bereits unter 18-Jährige ein Stimm- und Wahlrecht hätten, doch beinhaltet der Generationenvertrag eben auch, dass bei der jungen und der älteren Generation mit derselben Elle gemessen wird. In diesem Sinn wünsche ich mir, dass Menschen jeden Alters die Politik in unserem Land mitgestalten und zu langfristig vernünftigen Weichenstellungen beitragen. ■

# Nein zu einer zaghaften Schweiz

*Nein zur Verschleuderung des Nationalbankgoldes für die AHV!*

**Die AHV-Initiative verlangt, dass nicht nur das überschüssige Gold der Nationalbank, sondern «sämtliche nicht mehr verwendeten Währungsreserven oder deren Erträge» dem AHV-Fonds zugewiesen werden.**

Von Daniel Helfenfinger,  
Präsident Jungfreisinnige  
Schweiz



Daniel Helfenfinger

Die AHV-Initiative der SVP versetzt die Wähler in den Glauben, sie löse endgültig die Probleme. Dem ist nicht so!

Bei deren Annahme fliesen 20 Milliarden Franken in den AHV-Ausgleichsfonds. Beim Umlageverfahren hat dieser die Funktion eines Liquiditätspegels, da die Renten laufend mit den AHV-Beiträgen finanziert werden. Dies bedeutet, dass eine derartige Verwendung der Substanz des Goldes knapp 8 Monate ausreicht, um die laufenden Renten zu bezahlen.

Der Ertrag aus einem Mehrwertsteuer-Prozent wird mit 2,3 Milliarden Franken veranschlagt. Mit dem Zuschuss von 20 Milliarden kann so die Erhebung eines zusätzlichen (MWSt-)Prozentes während 8,5 Jahren hinausgeschoben werden. Dann ist das gesamte Volksvermögen aufgebraucht. In der Zwischenzeit verleitet der Geldsegen bestimmt zu neuen Begehrlichkeiten, anstatt dass man endlich die notwendigen Anpassungen vornimmt. Man schiebt die Probleme auf die künftigen Generationen ab! Dazu sagen wir Jung-

freisinnige «Nein danke!» Schliesslich verscherbelt die SVP genau das, was sie zu schützen vorgibt, das Volksvermögen!

## NEIN zum Gegenvorschlag

Der Gegenvorschlag sieht vor, dass ein Drittel der Zinsen, die aus den überschüssigen Währungsreserven anfallen, den Kantonen gehören. Laut Verfassung stehen ihnen aber zwei Drittel zu.

Ein weiteres Drittel soll der AHV zufließen. Da selbst drei Drittel, wie bei der AHV-Initiative aufgezeigt, die strukturellen Probleme der AHV nicht lösen, kann der Nutzen dieses Vorschlags nicht erkannt werden.

Die Jungfreisinnigen beanstanden die vom Bundesrat vorgenommene Verknüpfung zwischen «nachrichtenlosen Vermögen / Schatten des Zweiten Weltkrieges» und «Schaffung

einer Solidaritätsstiftung». Diese wurde durch eine Rede an die Nation vom damaligen Bundespräsidenten Arnold Koller lanciert, ohne dass er seine Idee konkretisierte und ohne Absprache mit den laut der Verfassung Begünstigten. Dies zeigt, unter welchem Druck die Stiftung geboren wurde. Laut Bundesrat ist es eine «Antwort auf die moralische Aufarbeitung unserer Vergangenheit».

In den Vernehmlassungsunterlagen zur Solidaritätsstiftung wird darauf hingewiesen, dass die Lage unseres Landes auf internationaler Ebene immer schwieriger werde. Die Schweiz, so liest man, wird als reiches Land wahrgenommen, welches sich trotz seiner «Tradition der Grosszügigkeit» gegenüber weiteren Verpflichtungen auf internationaler Ebene zurückhaltend gibt. Wir seien weder Mitglied der Vereinten Nationen, noch nähmen wir an friedenssichernden Einsätzen teil. Seit der Vernehmlassung hat das Volk die Revision des Militärgesetzes gutgeheissen und so die Möglichkeit geschaffen, an friedenssichernden Einsätzen teilzunehmen. Dem Betritt zur Uno hat man zugestimmt und sich so zur Solidarität mit der Weltgemeinschaft bekannt.

## Schuldenwirtschaft

Bis ins Jahr 2005 steigen die Schulden des Bundes um weitere 4 Milliarden auf insgesamt über 110

Milliarden Franken an! Die Gesundung der Finanzen ist die Voraussetzung für einen leistungsfähigen Staat. Die Sanierung der Bundesfinanzen hat deshalb höchste Priorität. In dieser ruinösen finanziellen Situation muss man sich ernsthaft fragen, ob es den Einwohnerinnen und Einwohnern sowie dem Land gegenüber überhaupt verantwortbar ist, den Erlös des Nationalbankgoldes in die Solidaritätsstiftung oder in den Ausgleichsfond der AHV einzubringen.

Von verschiedenen Seiten wird die Zukunft der Schweiz – deren Wachstumschancen im Wissen der Einwohner steckt – wegen sinkender Investitionen in den Bereichen «Forschung und Bildung» hinterfragt. Dies vor dem Hintergrund, dass im Ausland die entsprechenden Budgetposten erhöht werden. Nur die Schweiz zieht nicht mit; schwächt sich so selber und gefährdet dadurch ihre eigene Zukunft. Erinnern wir uns an die PISA-Studie!

Schliesslich geht es auch um den Handlungsspielraum der künftigen Generationen. Dieser darf nicht noch weiter eingeschränkt werden. In der Politik gibt es leider die Möglichkeit nicht, eine Erbschaft auszuschlagen. Ein schlechtes Erbe, welches die Jugendlichen nicht ausschlagen können, sind nebst anderem auch die miserablen Bundesfinanzen.

## JA zu einer Schweiz mit sicherer Zukunft!

Für die JF Schweiz kann der einzige vernünftige Verwendungszweck des Goldes der Schuldenabbau sein. Um einen echten Abbau der Schuldenlast zu erzielen, darf die Vermögenssubstanz nicht direkt einbezahlt werden. Die Erlöse aus dem Goldverkauf müssen über mehrere Jahre verzinslich angelegt werden. Dank Zins und Zinsezins lässt sich so das Vermögen vervielfachen. Nach Einführung der Schuldenbremse sollten die Schulden des Bundes nicht weiter anwachsen. Beide Instrumente, Schuldenbremse und «Schuldentilgungsfonds» ergänzen sich auf ideale Weise!

Die nach der Schuldentilgung nicht mehr erforderlichen Mittel der Zinsentilgung des Bundes gehören in die Bereiche Forschung und Bildung. Sie stellen eine Investition in die Zukunft der Schweiz dar!

Die Kantone sollen frei entscheiden, ob sie ihren Anteil aus dem Goldlös in den Fonds einzahlen oder das Geld für andere Zwecke einsetzen. Es gilt zu bedenken, dass es auch in ihrem Interesse liegt, dass möglichst viele Kantone sich beteiligen, damit die Summe grösser und der Schuldenabbau wirksamer wird. ■

## Zweimal Ja – einmal Nein

### Parolen der Präsidentinnenkonferenz FDP-Frauen Schweiz

Von Betty Fahrni-Jones

Noch vor der Sommerpause haben die FDP-Frauen Schweiz an einer Präsidentinnenkonferenz ihre Parolen für die Abstimmungen vom 22. September 2002 gefasst. Die FDP-Frauen sagen nach teilweise kontradiktorischen Auseinandersetzungen Ja zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG), Nein zur Goldinitiative und Ja zum Gegenvorschlag «Gold für AHV, Kantone und Solidaritätsstiftung».

#### Elektrizitätsmarktgesetz

Fredy Müller von der Economiesuisse informierte sachkundig über die EMG-Vorlage. Er bezeichnete sie als ausgewogenen Kompromiss, der eine geordnete Öffnung des Strommarktes erlaubt. Die befürwortende Informationskampagne wurde frühzeitig



Aufmerksame FDP-Frauen-Präsidentinnen und -Delegierte. Sie liessen sich umfassend über die Abstimmungsvorlagen informieren, um frühzeitig und gut vorbereitet an den Diskussionen in allen Regionen der Schweiz teilzunehmen.

mit klaren Aussagen gestartet, weil der Gefahr einer Verwechslung von Liberalisierung und Privatisierung begegnet werden soll. Die heutigen Besitzstrukturen der Stromunternehmungen bleiben bei einem Ja erhalten. Der Marktöffnungsprozess ist bereits im Gang und lässt sich auch mit einem Nein zum EMG nicht aufhalten. Die FDP-Frauen Schweiz befürworten aber eine geordnete Marktöffnung, von der dank dem EMG nicht nur Grossverbraucher, sondern auch die KMU und das Gewerbe sowie die Privathaushalte profitieren. Nicht zuletzt wird mit dem EMG auch Öko-Strom im verschärften Preiskampf eine faire Chance haben, unter anderem durch Gratis-Durchleitungsrechte auf 10 Jahre. Nur mit einer glaubwürdigen Befürworter-Allianz ist ein Volksmehr zu erreichen. Die FDP-Frauen fassten einstimmig die Ja-Parole.

#### Wohin mit dem Gold?

Auns-Präsident und Nationalrat Hans Fehr (SVP) versuchte erfolglos die FDP-Frauen für die Goldinitia-

tive seiner Partei zu gewinnen. Die Ablehnung erfolgte einstimmig. Laut Initiative seiner Partei sollen 1300 Tonnen Gold in die AHV fliessen, um eine künftige Erhöhung der Mehrwertsteuer zu vermeiden. Nach vielen Fragen, Meinungsäusserungen und Diskussionen fanden die FDP-Frauen, dass mit der Goldinitiative die AHV nicht nachhaltig gesichert wäre. Ständerätin Vreni Spoerry, FDP, fand mehr Sukkors für die Solidaritätsstiftung, bei der das Volksvermögen von 1300 Tonnen Gold erhalten bleibt, da lediglich dessen Erträge zu je einem Drittel an AHV, Kantone und an die Solidaritätsstiftung für Solidaritätsprojekte im In- und Ausland verteilt werden. Nach Ablauf von 30 Jahren kann eine neue Generation wieder über die Verwendung entscheiden.

Daniel Helfenfinger, Präsident der Jungfreisinnigen, plädierte für zweimal Nein. Die Jungfreisinnigen lehnen beide Vorlagen ab. Sie wollen zuerst die grosse Verschuldung von Kantonen und Bund abtragen, um den politischen Hand-

lungsspielraum der jungen Generation zu erhalten. Für sie sind die Stiftungszwecke unklar. Sie weisen darauf hin, dass es bereits genügend Institutionen gibt, die solidarische Projekte unterstützen. Zweimal Nein ist jedoch für die Mehrheit der FDP-Frauen keine Lösung. Die Diskussionen und der Verteilungskampf um das Gold würden wieder von vorne beginnen. Klar und grossmehrheitlich entschieden sich deshalb die FDP-Frauen für den Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament

«Gold für AHV, Kantone und Stiftung».

#### Positive Bilanz

Regierungsrätin und Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz, Marianne Dürst-Kundert, zog eine positive Bilanz der gut besuchten Präsidentinnenkonferenz. Die FDP-Frauen hatten so die Gelegenheit, sich frühzeitig und umfassend zu informieren. Dies gibt ihnen die Möglichkeit, einen echten Beitrag an die politische Meinungsbildung in allen Regionen der Schweiz zu leisten. ■



Ständerätin Vreni Spoerry, FDP, während ihrer engagierten und fundierten Darlegung der Argumente, die für ein Ja zum Gegenvorschlag «Gold für AHV, Kantone und Solidaritätsstiftung» sprechen.



Eine Premiere bei den FDP-Frauen Schweiz hatte Auns-Präsident und Nationalrat Hans Fehr, SVP (rechts), bei der Erläuterung der Goldinitiative seiner Partei. Daniel Helfenfinger, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz (links), erklärte, weshalb sich die Jungfreisinnigen für zweimal Nein einsetzen.

## FDP-Frauen Graubünden

### Pro und contra Elektrizitätsmarkt-Gesetz

Am 22. September wird über das Elektrizitätsmarkt-Gesetz ENIG abgestimmt. Die FDP-Frauen Graubünden wollten mehr zur Energie und zu der Vorlage wissen und luden alle Interessierten ins Lehr- und Demonstrationskraftwerk nach Churwalden ein, wo Rolf Gloor, Sufers, und Werner Böhni vom Amt für Energie GR referierten.

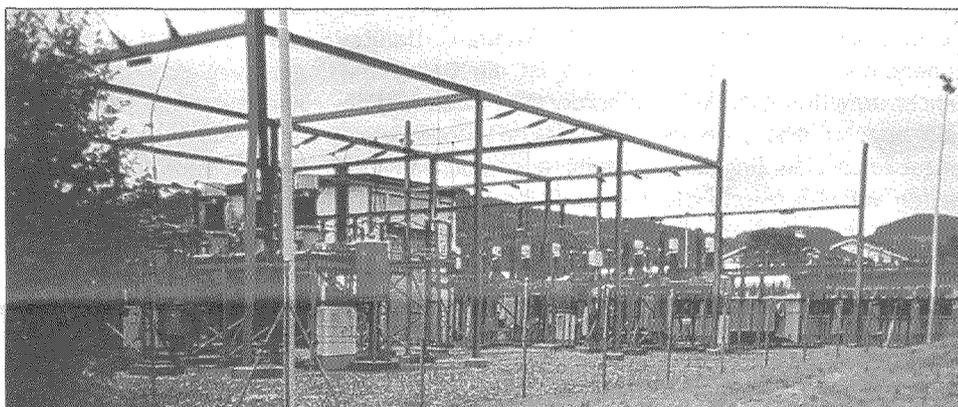
Der Abend wurde von Rolf Gloor eröffnet, der einen allgemeinen Überblick zum Thema Energie vermittelte. Werner Böhni, Amt für Energie GR, ging in seinen Ausführungen besonders auf die Situation im Kanton Graubünden ein. Die Wasserkraft bietet 800 Arbeitsstellen im Kanton und diese besonders in wirtschaftlich nicht bevorzugten Gebieten. Um das Verständnis in der Stromerzeugung zu stärken, liess Rolf Gloor die Besu-

cherinnen das Lehrkraftwerk bedienen. Im zweiten Teil des Abends ging es konkret um das EMG. Mit Rolf Gloor und Werner Böhni waren zwei konträre Positionen vertreten. Rolf Gloor wies besonders auf das System von Stromerzeugung und -verteilung hin, das nicht einfach zerstückelt werden kann. Das EMG sieht neu eine Trennung von Produzenten, Grossverteilern und Feinverteilern vor. Ein weiteres Problem sah Gloor auch in

der Zukunft der Werke. Elektrizitätswerke sind langlebig, und bis heute wurden Wartungsarbeiten nach Bedarf gemacht. Was passiert, wenn diese Arbeiten aus Kostengründen sistiert werden? Können die Sicherheit und Versorgung gewährleistet wer-

den? Rolf Gloor formulierte seine Bedenken, die er mit dem neuen Gesetz auf uns zukommen sieht. Werner Böhni, als überzeugter Vertreter des freien Handels, ist ein Monopol des Staates ein Dorn im Auge. Seine wichtigsten Anliegen sind somit die Regulierung des Elektrizitätsmarktes und die Transparenz der Preise, die mit dem EMG geschaffen werde. Die Versorgung ist auch mit dem EMG für alle gewährleistet. Jeder bekommt Zugang

zum Netz, sowohl Produzenten als auch Bezüger von Strom. Der grösste Vorteil ist vermutlich die Transparenz. Der Strommix kann individuell zusammengestellt werden. Die zukünftige Preisentwicklung konnte Böhni nicht vorhersagen. Der Wettbewerb sollte die Preise drücken, doch die neuen Kosten des Handels werden sich auf die Strompreise niederschlagen. ■



Ein Teil im neuen EMG.

Bild: rus

## GV der FDP-Frauen Graubünden

### Margrith Raschein Patt kandidiert als neue Verwaltungsrichterin

Im Anschluss an die GV der FDP-Frauen Graubünden stellte sich Frau Margrith Raschein Patt den Mitgliedern vor. Sie wird im Herbst 2002 von den FDP-Frauen als Kandidatin für das frei werdende Amt als nebenamtliche Verwaltungsrichterin portiert.



Margrith Raschein Patt

In einem kurzen Selbstporträt lernten wir Frau Raschein Patt näher kennen. In launigen Worten erzählte Sie über Ihren Werdegang und Ihre bisherige

Tätigkeit als Aktuarin im Verwaltungsgericht. Dem Kanton Graubünden würde eine Frau im Verwaltungs-

gericht wohl anstehen, auch weil bei der Beratung von Fällen des Opferhilfegesetzes laut Bundesrecht zwingend eine Frau im Gremium vertreten sein müsste. Die Kreispartei Churwalden und die FDP-Frauen (mit Status einer Kreispartei) wollen nichts unversucht lassen, dieses Amt mit einer Frau zu besetzen. Die Auswahl wird die Fraktion treffen, die Wahl findet in der Oktobersession des Grossen Rates statt. ■

Veranstaltungen

#### Termine

#### Nächste Veranstaltung der FDP-Frauen GR

1. Oktober 2002

#### Kurzseminar

Reto Nick, Landquart

«Frische Luft für graue Zellen»

(Einladung folgt)

## Ist die Schweiz auf dem richtigen Weg?

*Angeregte Diskussion zeigt die Brisanz des Themas auf*

**Anlässlich der DV der FDP-Frauen des Kantons Graubünden stand das Referat von Dr. Thomas Held im Zentrum.**

In jüngster Zeit werden wieder Stimmen laut, die das «Ende des Neoliberalismus» verkünden und das Primat der Politik gegenüber dem Markt einfordern. Insbesondere dem globalisierten Markt wird zunehmend die Wohlfahrtsvermehrungsfunktion abgesprochen, da er angeblich soziale Ungleichheiten verschärft und demokratische Entscheidungsprozesse untergrabe. Der Ruf nach mehr Politik und die Preisung des Service public sind Indizien dieser zunehmenden Marktskepsis.

Ein Beispiel: Die Abstimmung über das Elektrizitätsmarktgesetz wird von SP und Gewerkschaften zur symbolischen Entscheidung über die zukünftige Wirtschaftspolitik hochstilisiert: «Wir stehen am Ende des Neoliberalismus: die Abstimmung über das EMG wird dies zeigen!», bemerkte Paul Rechsteiner an der Pressekonferenz der SP gegen die Elektrizitätsmarktliberalisierung im Juni 01.

### Die Business-Elite

Der mediale Weg von der Delegation des wirtschaftlichen Aufbruchs der neunziger Jahre über die Personalisierung komplexer Sachverhalte zur Dämonisierung von eben noch als Helden gefeierten Wirt-

schaftsführern ist offenbar nicht weit. Die Verteufelung der Manager, das «CEO bashing», konnte aber nur auf fruchtbaren Boden fallen, weil durch den Crash der New Economy und das Platzen der Techno-Blase an den Börsen unzählige Marktteilnehmer, die in den neunziger Jahren zum ersten Mal als Anleger auftraten, vom System enttäuscht wurden. Darüber hinaus ist die Delegation der Wirtschaft und besonders des Topmanagements aber auch eine direkte Folge von Versäumnissen und Fehlern der Business-Elite: Zum einen waren gerade in der Schweiz nur wenige Wirtschaftsführer vertrauenswürdige Advokaten für offene Märkte und Freihandel. Zweitens wurde das Club-System für Verwaltungsräte allzu lange beibehalten. Und drittens hat die Wirtschaft nicht proaktiv Corporate-Governance-Regeln formuliert und implementiert, sondern insgesamt meist bloss reagiert.

Als neues irritierendes Element in der Debatte äussern sich zunehmend auch KMU-Unternehmer wütend über Masslosigkeit und Abzockerei der Business-Elite. Dies äussert sich einerseits in der Forderung nach Rückbesinnung auf schweizerische bzw. sogar «zinglianische» Tugenden, andererseits in der erwähnten Marktskepsis und einer entsprechenden Tendenz, das Heil und vor allem Schutz beim Staat zu suchen.

### Keine Entschuldigung

Die aktuelle Lage ist aber nicht nur durch die politische und mediale Delegation der Wirtschaft gekennzeichnet, sondern auch durch einen schleichenden Statusverlust der Schweiz. Historisch bedeutet dieser «Swiss Decline», dass in den letzten 50 Jahren das Verhältnis des Schweizer Volkseinkommens pro Kopf zu demjenigen vergleichbarer Länder kontinuierlich gesunken ist. Zudem lag die reale Wachstumsrate der Schweiz im letzten Jahrzehnt deutlich unter allen vergleichbaren Ländern. Das geringe bis fehlende Wachstum während der neunziger Jahre ist ja schon von verschiedenster Seite thematisiert worden, zuletzt im Wachstumsbericht des seco und im Ausgabenreduktions-Katalog der economiesuisse. Ein düsteres Bild spiegelt sich auch in den bekannten Wettbewerbsfähigkeits-Ranglisten des IMD und des WEF. Gemäss dem Index zum Wachstumspotenzial fiel die Schweiz in den letzten 13 Jahren vom 2. auf den 15. Platz zurück. In der Schweiz werden solche Vergleiche oft grundsätzlich abgelehnt oder gar geleugnet. Gegenüber Benchmark-Studien wird meist mit dem Sonderfall und mit der Nichtvergleichbarkeit der Methoden und Statistiken argumentiert. Aber auch wenn der Rangverlust manchmal auf sehr geringen absoluten Unterschieden beruht, spielt im

internationalen Standortwettbewerb der Rang – genau wie im Sport – eine wichtige Rolle. Zudem: Selbst wenn man den Einwand akzeptiert, dass der Nationenwettbewerb im Zeitalter der Globalisierung und der Erosion nationaler Grenzen an Bedeutung verloren hat und die eigentlichen Motoren des Wachstums die Regionen sind, heisst das nicht, dass die Schweiz wesentlich besser abschneidet. Ganz im Gegenteil ergeben sich beim Vergleich der Schweiz mit Baden-Württemberg oder Bayern noch deutlichere Unterschiede.

### Kristallisationspunkt

Neben der grundsätzlichen Zurückweisung oder Ablehnung des Benchmarkings ist auch eine fatalistische Reaktion nicht selten. Man sieht dann den Abstieg der Schweiz als quasi natürliche Rückentwicklung nach dem Wegfall bzw. nach der Erosion der historischen Wettbewerbsvorteile nach dem Zweiten Weltkrieg. Und weil diese Rückentwicklung nicht abrupt erfolgt, sondern als schleichender Prozess auf einem immer noch sehr hohen absoluten Wohlstandsniveau, ergibt sich aus dieser fatalistischen Haltung auch kein Handlungsbedarf oder wirklicher politischer Druck: Trotz allen Klagen geht es ja gut. Zur generellen Ablehnung des Benchmarking und zur fatalistischen Haltung gesellt sich als dritte Reaktion gegenüber dem

«Swiss decline» neuerdings eine Art trotzig, aber durchaus in die Zukunft gerichtete Selbstbehauptung. Was mit dem grossen Rettungsversuch für die schweizerische Luftfahrt begonnen hat, findet seine Fortsetzung in der wachsenden Skepsis gegen weitere bilaterale Verhandlungen (vgl. die jüngsten Untersuchungen des gfs bzw. Claude Longchamps) sowie z. B. in der breiten Unterstützung für die Ablehnung des Staatsvertrages mit Deutschland durch das Parlament. Selbst die während Jahren von Teilen der Elite und vor allem von den Medien bezweifelte Expo wurde – obwohl sich Konzept, Inhalte und Aussagen, soweit vorhanden, seit den Anfängen praktisch nicht geändert haben – quasi über Nacht zum Kristallisationspunkt für eine nationale, aber nicht rückwärtsgerichtete und nicht auf Abschluss bedachte Identitätsbildung.

### Nicht umverteilen

Drei grundsätzliche Spannungsfelder werden die wirtschaftspolitische Diskussion in den kommenden Jahren prägen und uns vor gewichtige Herausforderungen stellen: Erstens die Spannung zwischen dem Versuch des (wirtschaftspolitischen) Alleingangs einer Schweiz, die zu neuer Stärke und Selbstbewusstsein gefunden hat und sich gegenüber EU-Harmonisierungsdruck als widerstandsfähig

erweisen will, UND der notwendigen Bewahrung der Offenheit für den internationalen Austausch sowie der notwendigen Integration in den Weltmarkt. Zweitens die Spannung zwischen dem im internationalen Standortwettbewerb wichtigen Wachstum und der Weiterentwicklung der Zentren, besonders des Finanzplatzes Schweiz als dem «Schlüsselinstrument für den nationalen

Wohlstand» (Lambelet), UND dem Ausbau bzw. der Perfektionierung des helvetisch-föderalistischen Ausgleichs und der internen Umverteilung mit immer neuen Ansprüchen der «Peripherie» auf Transferleistungen der Zentren. Drittens die Spannung zwischen der wirtschaftspolitischen Notwendigkeit der weiteren Liberalisierung des schweizerischen Binnenmarktes (Realisierung

Binnenmarktgesetz, Verstärkung WeKo, Verschärfung/Ausbau Kartellrecht) sowie Marktöffnungen im Bereich der Netze und «öffentlicher» Güter (Strom, Gas, Eisenbahn, Telekommunikation etc.) UND der politischen Popularität des «Service public» und einer Weiterführung der Staatswirtschaft nicht zuletzt in Wachstumsbereichen wie dem Gesundheitswesen. Damit ist auch angedeutet,

in welche Richtung diese Spannungen «gelöst» oder zumindest transformiert werden möchten, wenn es in der Schweiz zu wirklichen Wachstumsimpulsen kommen soll. Das «grüne Büchlein» des seco zeigt den Weg auf, den die Schweiz gehen müsste. Der erste Schritt dazu wäre, vermehrt über die Grundlagen des Wachstums (und die entsprechenden Risiken wie die

demographische Entwicklung) zu diskutieren, anstatt den Hauptanteil der politischen Energie auf Fragen der Umverteilung und des Ausgleichs eines langsam erodierenden Wohlstand zu verwenden. ■

## Euregio – Nein zur «Kleinstaaterei»

**Auf einer Schifffahrt nach Stein am Rhein standen Ernst Mühlemann, Vizepräsident des Bodenseerates, und Birgit Homburger, baden-württembergische Bundestagsabgeordnete, für grenzüberschreitende Gespräche zur Verfügung. Dabei stand der Flugverkehr im Zentrum der Diskussion.**



Birgit Homburger und Ernst Mühlemann.

Von Renate Egli-Gerber, Kreuzlingen

Am Samstag lud die Friedrich-Naumann-Stiftung für liberale Politik mit Sitz in Stuttgart zum internationalen Bodenseetreffen 2002 aufs Schiff ein. Der Einladung folgten zahlreiche Mitglieder der FDP und viele der Partei Nahestehende vom schweizerischen und vom deutschen Bodenseeufer. Während der Fahrt nach Stein am Rhein und beim Aufenthalt im Städtchen hatten die Gäste Gelegenheit zu Gesprächen mit dem Ex-Nationalrat und Vizepräsidenten des Bodenseerates, Ernst Mühlemann, und der

Bundestagsabgeordneten Birgit Homburger, die im September als Spitzenkandidatin wieder zur Wahl antritt. Im Zentrum standen die Politik der einzelnen Länder sowie die politische grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Bodensee. Die Liberalen waren aufgerufen, an der Zukunft des geschichtsträchtigen Raumes mitzuwirken und längerfristige Perspektiven zu entwickeln. Aus der Schweiz waren nebst anderen Frauen und Männern auch Ruedi Schläpfer vom Generalsekretariat der FDP Schweiz und Michael Knaus, Parteileitungsmitglied der FDP Thurgau, mit von der Partie. Knaus leitet derzeit auch den Regierungsratswahlkampf für

Kaspar Schläpfer. Die Diskussion in Stein am Rhein moderierte Jan Havlik von der Naumann-Stiftung.

### Selber denken

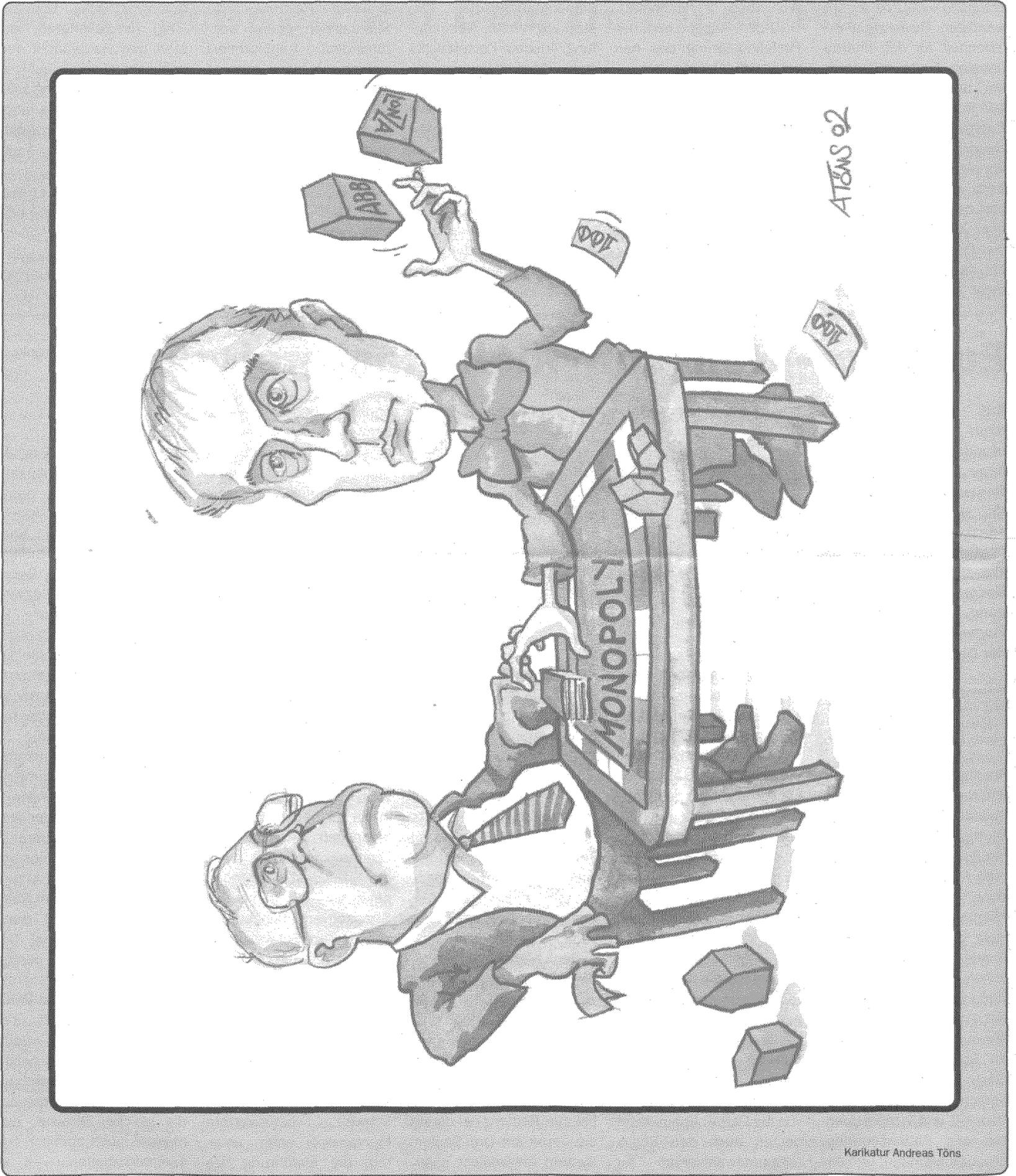
Die Spitzenpolitikerin Birgit Homburger wurde bereits mit 25 in den Bundestag gewählt. Die Diplom-Verwaltungswissenschaftlerin führt ihr frühes politisches Engagement auf ihre Eltern zurück, die sie dazu angehalten hätten, selber zu denken und Verantwortung zu übernehmen. Sie ist davon überzeugt, genau dies müssten auch Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wieder vermehrt tun. Handlungsbedarf erkennt sie bei den Renten, bei denen sie gerne ein Drei-Säulen-System verwirklicht sähe,

ähnlich dem in der Schweiz. Sie wünscht sich grössere Mitbestimmung des Volkes und könnte sich vorstellen, dafür zumindest Elemente aus der direkten Demokratie der Schweiz zu übernehmen. Ihr Bedauern über einen riesigen Mangel an Fachkräften und an fehlenden Bildungseinrichtungen wie etwa internationale Schulen hört sich erstaunlich ähnlich an wie dasjenige im Thurgau. Und genau wie dort fühlt man sich scheinbar in Baden-Württemberg oft auch «am Ende der Welt». Während Mühlemann für bessere Zugverbindungen zwischen den Ländern plädierte, wies die Bundestagsabgeordnete auf die fehlenden Strassenverbindungen zwischen der Schweiz und Deutschland hin, wodurch die Mobilität nicht genügend gewährleistet sei. Beide Politiker wandten sich gegen Bürokratisierung und Überreglementierung durch den Staat. Befragt zum Finanzplatz Schweiz, befürwortete Mühlemann unter anderem die Einführung des

Euro. Der starke Franken schade Tourismus und Handel.

### Koordination

Im Hinblick auf die Flugkatastrophe am Bodensee fordert Homburger, dass man endlich mit der «Kleinstaaterei» aufhöre und eine europäische Luftüberwachung einrichte. Beim «leidigen Thema» Flugverkehr bedauerte der Ex-Nationalrat die feindselige Stimmung, die unlängst zwischen den Ländern aufgekommen sei. Koordination und nicht Konfrontation sei jetzt notwendig. «Wir müssen uns zusammensetzen und gemeinsam Lösungen finden», mahnte der Mitgründer des Bodenseerates. Bereits 1989 hatte er gemeinsam mit Landrat Robert Maus und Horst Sund, dem Rektor der Universität Konstanz, ein Parlament für den Bodenseeraum postuliert, das grenzüberschreitend Probleme aus Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt angeht. Sein Credo lautet immer noch: «Zwei Millionen Menschen wohnen hier und sprechen die gleiche Sprache, sie müssen auch politisch zusammenarbeiten.» ■



Karikatur Andreas Tons

# Interview mit Yves Christen

*Der Vizepräsident des Nationalrates antwortet auf aktuelle Fragen*

«Freisinn»: Nächstes Jahr werden Sie auf das höchste staatliche Amt nachrücken. Aus dem Blickwinkel eines Beobachters, die Stellung, welche Sie schon heute als Vizepräsident innehaben, bemerken Sie grössere oder kleinere Risse im nationalen Zusammenhalt?



Yves Christen

Yves Christen: Mit der Abstimmung in Sachen Uno bemerkte man, dass die Kluft zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung immer tiefer wird. Zusätzlich ist eine neue Spalte aufgetreten, zwischen der Ostschweiz einerseits und dem Rest der Schweiz «nantie» (dem goldenen Dreieck und dem Plateau von Genf bis Solothurn) andererseits. Daher kommt auch der Wunsch, ein Gleichgewicht zu suchen, welcher durch den Ständerat dadurch zum Ausdruck kommt, dass die neuen Sitze des Bundesgerichtes nach Bellinzona und St. Gallen verlegt werden. Die Differenzen zwischen den Deutschschweizern und den Romands sind stabil, der Graben verkleinert sich zwar, aber er beißt tief.

Muss in den wenigen Zeichen zugunsten der Öffnung der Schweiz gegen aussen – so die Uno-Frage, die Friedenstruppen, die bilateralen Verträge – ein gleichmässiges Sich-Annähern der

Schweiz gegen aussen gesehen werden, oder müssen darin im Gegenteil die letzten Zeichen der Öffnung gegen aussen interpretiert werden?

Diese Stimmen sind vielversprechend: Die Schweizer bleiben ein sehr konservatives Volk, rein schon historisch und kulturell gesehen. Sie werden Entscheide nie auf die leichte Schulter nehmen. Unwidersprochen bleibt die Tatsache, dass es den gewählten Politikern an Zivilcourage fehlt. Sie ziehen es vor, zu warten, bis ein Entscheid im Volk gereift ist, statt durch klare Stellungnahmen diesen voranzutreiben. Wir müssen deshalb nicht darauf warten, dass sich die Dinge schnell verändern werden. Wir werden erst einen Schritt Richtung Integration machen, wenn sich die Stellung unseres Landes in der Welt verschlechtern wird. Ohne es zugeben zu wollen, haben wir Entscheide immer nur unter dem Druck der Ereignisse gefällt, und es wird noch lange so bleiben,

mit oder ohne die «blochische» SVP.

Die FDP scheint die einzige wichtige politische Kraft zu sein, welche sich dem unerbittlichen Aufschwung der SVP widersetzen kann. Gibt es Reflexbewegungen der Romands, der Mitte der Mitte-Links-Parteien oder von Gruppierungen, die sich profilieren?

Keine politische Partei wird in den nächsten paar Jahren die 30% überschreiten, denn die Schweizer lieben die Konzentration der Macht nicht. Wenn die SVP sich zwischen 25% und 27% bewegt, wird ihr Zulauf nicht mehr steigen, denn sie wird eine Regierungspartei, welche nicht mehr die unzufriedenen Stimmen sammeln wird. Aus diesem Grunde glaube ich auch nicht an eine Konzentration der Kräfte bei den Mitte-Rechts-Parteien, also bei der CVP oder der FDP. Bei einer Fusion der zwei Parteien würden wir nicht mehr als 30% erreichen, denn zwischen den einen und den andern hat es noch uralte Unstimmigkeiten.

Welche Dossiers scheinen Ihnen wichtig und werden folglich den zwei Kammern vorgelegt? Auf welche möchten Sie sich konzentrieren?

Die wichtigen Dossiers sind sicher die Sozialversicherungen, das KVG, BVG

und die AHV, welche uns die Realität sehr schnell in Erinnerung rufen. Aber die Dossiers betreffend die Integration der Ausländer sind meines Erachtens für unser Land noch wichtiger, nicht nur auf der sozialen, sondern auf der wirtschaftlichen Ebene. Ich möchte mich auf die Revision des Einbürgerungsgesetzes konzentrieren, den die Einbürgerung der Leute ist der beste Integrationsfaktor. Unser Land hat genau dies nötig.

Finden Sie die Zauberformel ein zentrales Element für die Zusammensetzung der Regierung, oder ist es eher ein mathematischer, wahltechnischer Prozess?

Die Zauberformel ist ein politisches Instrument der Konkordanzpolitik, welches bei den Schweizern sehr verankert ist. Ich finde, es wäre falsch, die Formel mit einer reinen wahlmathematischen Formel zu ersetzen. Die Zauberformel ist nicht unumstösslich, aber man wird sie nicht im Sinne der SVP abändern, wenn diese Partei nicht wirklich die Absicht hat, sich an einer Konkordanzregierung zu beteiligen. Bis heute ist dies nicht der Fall.

Sie gehen an die Expo. Was sagen Sie diesbezüglich: Symbol, Spiegel oder Stilübung made in Helvetia?

Die Expo.02 wird ein ausserordentlicher Moment sein, und ich bin der Meinung, dass die Schweizer sie lieben werden. Die Jungen werden sich sicherlich an die Expo erinnern, rein schon wegen deren Bildungswert. Die Expo wird sowohl den Konservativen wie den Kreativen ihre eigenen Widersprüche zeigen. Vielleicht werden sie dadurch darauf aufmerksam gemacht, dass sie sich in Zukunft zum Anpacken der komplexen sozialen Probleme besser engagieren können.

yveschristen@vevey.ch

## Impressum

### Schweizer Freisinn

24. Jahrgang  
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 70 800 Exemplaren.

#### Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz  
Redaktion: Ruedi Schläpfer (rus). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.  
Postfach 6136, 3001 Bern  
Telefon 031 320 35 35  
Fax 031 320 35 00  
E-Mail schlaepfer@fdp.ch  
Internet [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

#### Inserate

Kretz AG  
Verlag und Annoncen  
General Wille-Strasse 147  
8706 Feldmeilen  
Telefon 01 925 50 60  
Fax 01 925 50 77  
E-Mail  
fdp.annoncen@kretzag.ch  
Internet [www.kretzag.ch](http://www.kretzag.ch)

#### Layout/Druck

NZZ PRINT  
Postfach, 8021 Zürich  
Telefon 01 258 15 02  
Fax 01 258 18 99  
ISDN 01 773 11 15  
(alle Protokolle)  
E-Mail [print@nzz.ch](mailto:print@nzz.ch)  
Internet [www.nzzprint.ch](http://www.nzzprint.ch)

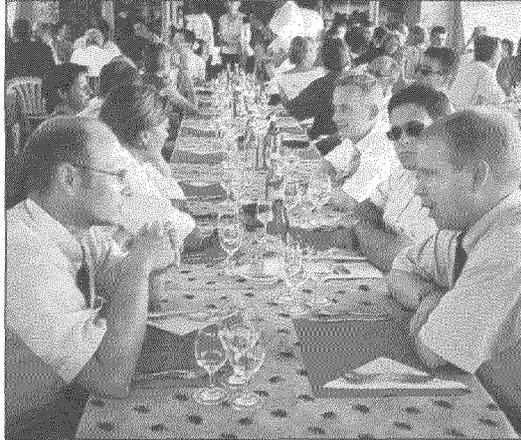
## Point de presse auf der «MS Rigi»

### Bundesrat Pascal Couchepin im Mittelpunkt des Abends

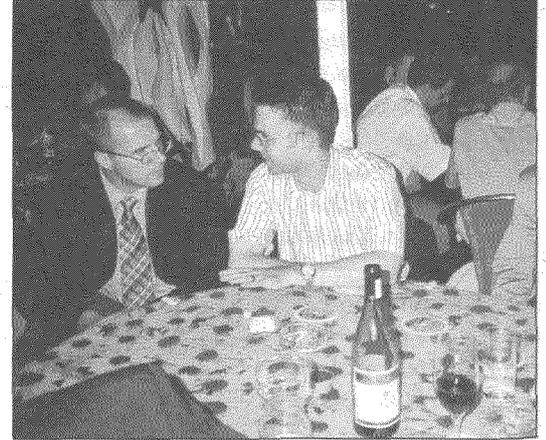
Die NLZ-Bundeshausredaktorin Eva Novak befragte am Freitagabend Bundesrat Pascal Couchepin zu aktuellen Fragen.

Gut gelaunt, freimütig und aufgeräumt ging der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes auf die Fragen ein. Zum Thema Landwirtschaft fand er – nach seinem Anflug im Helikopter – mit der Feststellung, «Ich habe die Kühe von oben gesehen, aus Distanz sind sie ganz nett», einen gelungenen Einstieg in die Fragerunde. Er stellte aber auch gleichzeitig fest, dass pro Landwirtschaftsbetrieb im Durchschnitt 50 000 Franken ausgerichtet werden.

Als das Thema auf den BGV-Vorentscheid kam, gab er unumwunden zu, dass die Kommunikation des Bundesrates im Zusammenhang mit der beabsichtigten Senkung des Mindestzinssatzes keine Meisterleistung war. Zur Goldinitiative der SVP meinte er, dass die Lösung Blochers der AHV nur kurzfristig etwas bringt. Nachher seien die Mittel vertan. Angesprochen auf die Börsenbaisse, zeigte sich Couchepin zuversichtlich, zumal er der Ansicht ist, dass die Schweiz nicht in eine Rezession abrutscht.



Der neue Pressechef Christian Weber im Gespräch mit Fraktionssekretär Bruno Henggi.



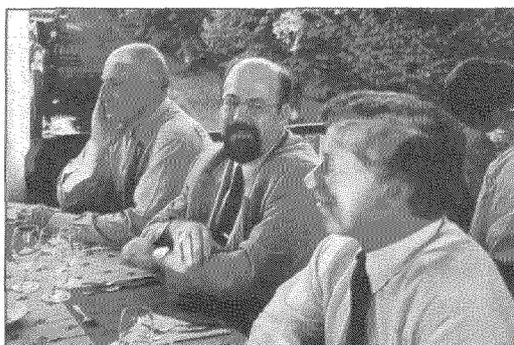
Während sich Generalsekretär Guido Schommer mit Kantonsvertretern unterhielt...



... war NZZ-Redaktor Max Frenkel bereits mit seinem Artikel über den Point de presse beschäftigt.



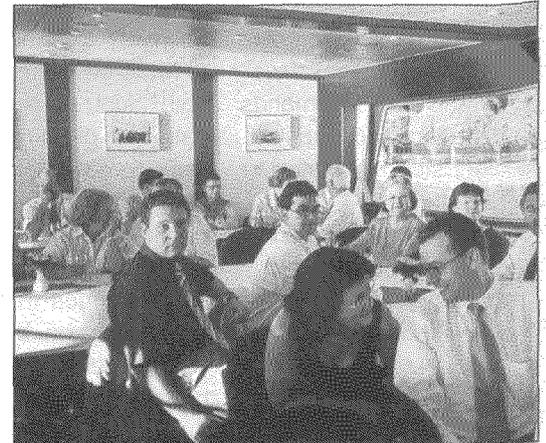
Bundesrat Couchepin, FDP-Vizepräsidentin Christiane Langenberger, Parteipräsident Gerold Bührer und der Zuger Ständerat Rolf Schweizer fühlten sich sichtlich wohl auf der «MS Rigi».



Spitzenleute aus dem Kanton Zug mit Bundesrat und Parteipräsident an einem Tisch.



Eva Novak stellte Bundesrat Couchepin Fragen, welche alle aktuellen Themen betrafen.



Die gute Stimmung Couchepins übertrug sich auch auf die Zuhörer.

Fotos: ruf

# Deutliche Parolenfassung

Der Gegenvorschlag zur Goldinitiative gab einiges zu reden

Nach dem klaren Entscheid zum Elektrizitätsmarktgesetz (205:0) erteilten die Delegierten auch der SVP-Goldinitiative eine deutliche Abfuhr (196:1). Der Gegenvorschlag gab viel zu reden und wurde letztlich mit 128:89 Stimmen gutgeheissen. Im Falle eines Stichtescheides wurde dem Gegenvorschlag der Vorzug gegeben.

## Auf der Contra-Seite votierten:



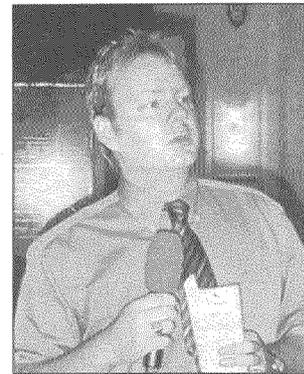
Sabine Pegoraro, FDP BL



Thomas Pfisterer, SR AG



Christine Egerszegi, NR AG



Daniel Helfenfinger, Präsident JF

## Auf der Pro-Seite votierten:



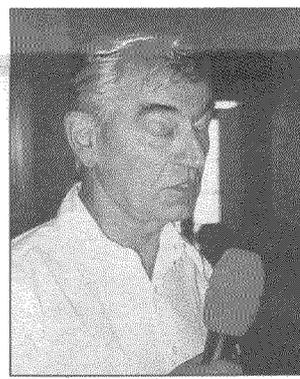
Alice Disch, FDP-Frauen



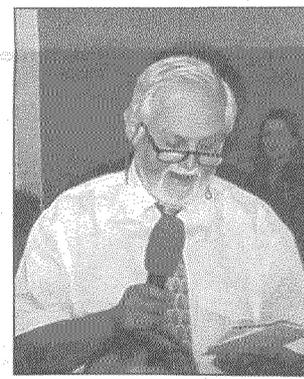
Christiane Langenberger, SR VD



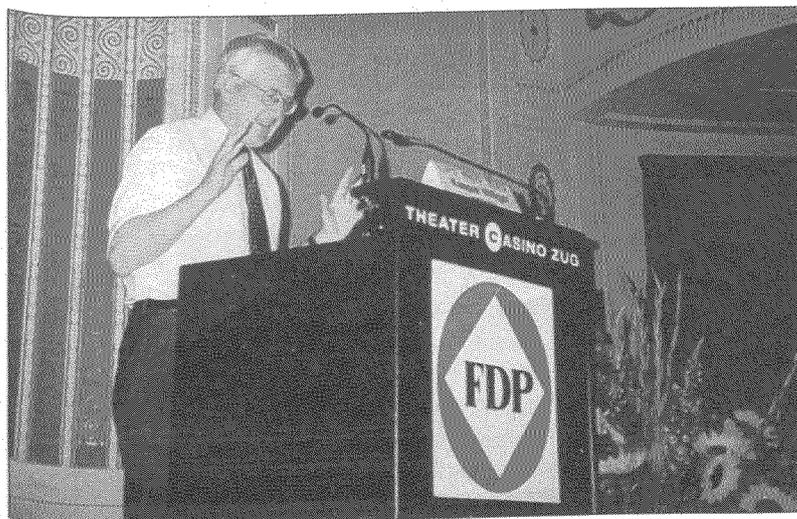
Yves Christen, NR-Vizepräsident VD



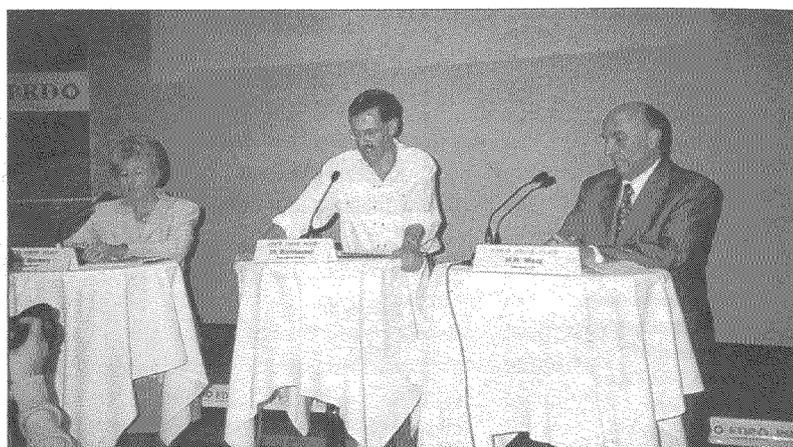
Georges Stucky, alt NR



Erich Müller, NR ZH



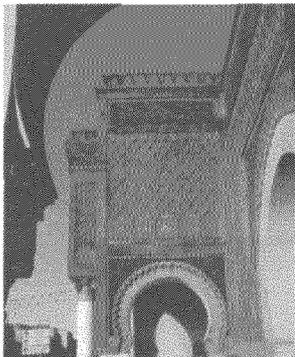
Bundespräsident Kaspar Villiger kämpft für den Gegenvorschlag.



Unter der Leitung von Thomas Bornhauser, NLZ, diskutierten die beiden Mitglieder des Ständerates Vreni Spoerry, ZH, und Hans-Rudolf Merz, AR, den Gegenvorschlag zur Goldinitiative.

# geriberz

reisen statt rasen.



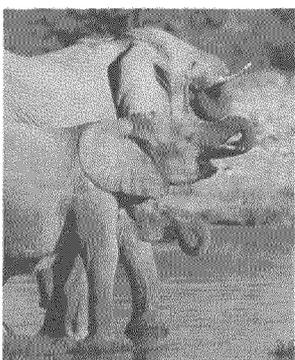
## Königsstädte Marokkos

10 Tage mit den vier farbenprächtigen Königsstädten und einer einzigartigen Wüstenlandschaft! Wir zeigen Ihnen die klangvollsten Städte und was sich dahinter verbirgt: Casablanca, Fes, Marrakesch, Meknes und Rabat. Im Atlas-Gebirge erwartet Sie eine faszinierende Wüstenpracht mit erfrischenden Palmenhainen. Mit geriberz erleben Sie eine unvergessliche Marokko-Rundreise!



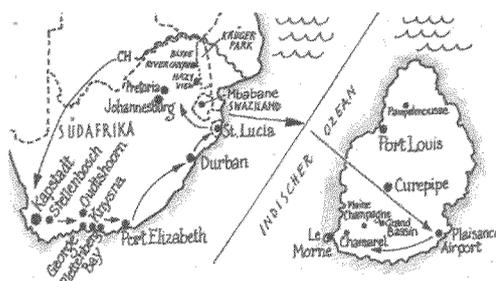
Reisedaten 2002 (Sa-Mo)  
19.10.02 – 28.10.02  
16.11.02 – 25.11.02

10 Reisetage ab Fr. 2740.-



## Südafrika-Mauritius

20 Tage voller Gegensätze und interessanter Kulturen! Wir zeigen Ihnen das Schönste des Südlichen Afrika: Die landschaftlich reizvolle «Garden Route», die zauberhaften Weingebiete um Stellenbosch und das wilde «Kap der Guten Hoffnung». Ein besonderer Höhepunkt wird das Naturparadies der Insel Mauritius sein. Südafrika und Mauritius werden Ihnen unvergesslich bleiben!



Reisedaten 2002 (Di-So)  
15.10.02 – 03.11.02  
05.11.02 – 24.11.02

20 Reisetage ab Fr. 8190.-

Verlangen Sie unser ausführliches Detailprogramm zu Südafrika-Mauritius!



## Flussfahrt Nordportugal (Douro)

8 Tage den Douro befahren und die Wiege des Portweins genießen! Eine der ältesten Städte Europas ist Porto. Die malerisch schön gelegene Altstadt ist weitgehend intakt. Mit Ihrem Erstklass-Schiff MS INVICTA fahren Sie gemächlich entlang von Weinbergen, Olivenhainen und Pinienwäldern. Ausflüge (fast alle inklusive) bringen Sie ins spanische Salamanca, Vila Real und zur alten Bischofsstadt Lamego.

Reisedatum 2002 (Sa-Sa)  
19.10.02 – 26.10.02

8 Reisetage ab Fr. 2950.-

Alle Douro-Flussreisen sind Exklusiv-Fahrten für geriberz-Kunden!

### Vieles inklusive!

- Rundreisen: Bahnbillett zum Flughafen, Basis 1/2-Taxi-Abo
- Linienflüge mit renom. Fluggesellschaften
- Alle Flughafentaxen
- Gepäckträgerdienste
- Willkommensgetränk
- Erstklassige Hotels
- Frühstück und Halbpension
- Viele Ausflüge inklusive (Südafrika: alle Ausflüge inkl.)
- Teilweise Lokalführungen
- geriberz-Reiseleitung von A-Z
- Ausführliche Reisedokumente
- Angenehme Gruppengröße
- Zusätzlich Flussfahrt:**
- Schiffsreise in 2-Bett-Kabine
- Vollpension an Bord
- Trinkgelder an Bord
- Alle Hafentaxen

### Reiselust?



Wir senden Ihnen gerne unseren Katalog mit den detaillierten Reiseprogrammen:

- |   |  |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Katalog Rundreisen   | <input type="checkbox"/> Marokko                         |
| <input type="checkbox"/> Katalog Flussfahrten | <input type="checkbox"/> Südafrika-Mauritius             |
| <input type="checkbox"/> Katalog Wellness     | <input type="checkbox"/> Flussfahrt Nordportugal (Douro) |
| <input type="checkbox"/> Katalog bella Italia |  |

Vorname \_\_\_\_\_ Name \_\_\_\_\_  
Strasse/Nr. \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_



Einsenden an: geriberz reisen ag, Etzelstrasse 15, Postfach, 5430 Wettingen FD0236  
Tel. 056 427 01 01 • Fax 056 427 28 83 • www.geriberz.ch • E-Mail: info@geriberz.ch

Ich reise mit geriberz, weil ich erstklassige Qualität schätze!



geriberz-Kunde Stefan Widmer

Information und Buchung: Telefon 056 427 01 01